

Arbeitsgemeinschaft ländliche Sozialforschung

Protokoll der Sitzung vom 16. November 2007

An der **64. Sitzung** der Arbeitsgemeinschaft nahmen folgende Personen teil:

Behr (Universität für Bodenkultur), Habermann (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Kommission für Entwicklungsfragen), K. Hofer (Institut für qualitative Arbeits- und Lebensweltforschung), J. Kastner (Wien), T. Fischer (Universität für Bodenkultur), Hoppichler (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Renner (Universität für Bodenkultur), Langer (BMLFUW Abt. II/5), Loibl (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Oedl-Wieser (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Okonkwo-Klampfer (Österreichische Bergbauernvereinigung), E. Quendler (Bundesanstalt für Agrarwirtschaft), Seifert (Wien), Wieser (Universität Wien Institut für Soziologie), Wiesinger (Bundesanstalt für Bergbauernfragen)

Entschuldigungen ergingen von:

Abt, Aschenbrenner, J. Bacher, Balas, Bernard, Danhel, Dax, Fatzi, Halbmayr, B. Hofer, Kapfer, Kieninger, Karre, Krammer, Machold, Meiberger, H. Moravec, Münz, Neuhauser, Neunteufel, Pass, Pevetz, Pfusterschmid, Pirkhuber, Rossier, Sandgruber, Segert, Seiting, Tamme, Veress, Vogel, Wegerer, Wlodkowski, Zsilincsar

Wegen der starken Schneefälle und den damit verbundenen verkehrsbedingten Problemen war diesmal die Teilnehmerzahl leider etwas kleiner als sonst. Der Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft **Wieser** begrüßt die beiden Vortragenden und die TeilnehmerInnen der Sitzung.

Der erste Beitrag von **Franz Seifert** stand unter dem Titel „*Konsensuelle NIMBYs, kämpferische NIABYs – Bäuerlicher Widerstand in Österreich und Frankreich im Vergleich*“

Ich beginne mit einer Reminiszenz. Man wird sich vielleicht erinnern: Im Frühjahr 2005 war der französische Bauernaktivist *José Bové* auf Einladung des *Agrarbündnisses Österreich* zu Besuch im Lande, um die Milchbauern bei ihren Protesten gegen die Preispolitik der großen Molkereien zu unterstützen. Ich war damals bei *Bovés* Pressekonferenz in Wien und erinnere mich an einige markige Aussagen, die er dabei von sich gab. So war z.B. die Rede von einem „Genozid an den europäischen Bauern“ für welchen Ex-Agrarkommissär *Franz Fischler* verantwortlich wäre. Das hatte Folgen. Tags darauf wurde *Bové* von anderen Veranstaltungen ausgeladen – auf Weisung von oben. Einer landwirtschaftlichen Berufsschule wurde vom Landwirtschaftsministerium verboten, ihn dort auftreten zu lassen. Die Vorgänge wurden sogleich zum Tagesthema in den österreichischen Medien - und damit natürlich auch *José Bovés* landwirtschaftspolitische Kritik. Es berichteten sogar Printmedien wie *Der Standard*, die sich sonst mit Landwirtschaftspolitik eher wenig beschäftigen. Ich habe mir damals gedacht: Hierzulande muß schon einer wie *José Bové* mit seiner ganz besonderen Provokationskunst auftreten, um Landwirtschaftspolitik einer breiteren Öffentlichkeit kritisch vor Augen zu führen.

Ein Modellfall technologischer Globalisierung

Ich komme jetzt zum Thema des meines Vortrags. seit einiger Zeit arbeite ich an seiner Vergleichsstudie über bäuerlichen Widerstand gegen die Gentechnik in Österreich und Frankreich. Die Studie ist zwar fortgeschritten aber noch nicht ganz abgeschlossen, und so würde ich mich über Kommentare aus dem Fachpublikum freuen. Warum stelle ich einen solchen Vergleich an? Meine Überlegung ist folgende: Es ist zunächst plausibel, bäuerlichen Widerstand gegen die Gentechnik als einen Modellfall einer Reaktion auf einen technologischen Globalisierungsprozesses zu betrachten. Warum? Die landwirtschaftliche Gentechnik, so wie sie uns heute vor Augen tritt, ist eine von vielen Technologien im Dienste der Produktionssteigerung in der Landwirtschaft. Eine Technologie also, die sich einfügt in einen über die vergangenen Jahrzehnte gewachsenen Arsenal an Mechanisierungs- und Rationalisierungsstrategien landwirtschaftlicher Abläufe, der Verwendung synthetischer Herbizide, Düngemittel, Wachstumshormone usw.. Aus der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts wissen wir nun, dass landwirtschaftliche Produktionssteigerung ein zweischneidiges Schwert ist: Einerseits gehören dank ihrer Hungersnöte und dgl. der Vergangenheit an – zumindest in den entwickelten Ländern -, andererseits verursacht diese Produktionssteigerung einen epochalen Strukturwandel im ländlichen Raum: Die Bauernschaft, die noch am Beginn des vergangenen Jahrhunderts einen großen Teil der arbeitenden Bevölkerung bildete, ist heute zu einem Bruchteil geschrumpft. Nehmen wir das Beispiel Österreich: Nach Ende der Habsburger Monarchie waren hier noch rund 40 % der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt, zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind es weniger als 6 %. In der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts haben in Österreich jährlich durchschnittlich 4.500 landwirtschaftliche Betriebe die Bewirtschaftung aufgegeben, wodurch sich deren Zahl in diesem Zeitraum halbiert hat. Es gibt immer weniger Bauernhöfe, und die bleibenden Höfe werden immer größer, um im Produktivitätswettbewerb bestehen zu können. Man nennt diesen Verdrängungsvorgang in der Landwirtschaft, der in der gesamten industrialisierten Welt und - oft noch dramatischer - in zahlreichen Entwicklungsländern stattfindet „Wachsen und Weichen.“ Die Marginalisierung der Landwirtschaft insgesamt ist natürlich nicht alleine auf technische Produktivitätsgewinne zurückzuführen, dazu kommen z.B. die Liberalisierung der Agrarmärkte, Abwanderung von Arbeitsplätzen, das zunehmende Zersiedlung am Land, Wertewandel usw.. Doch bildet diese doch einen zentralen Faktor, und dass große Gruppen zu den Verlierern dieses Vorgangs gehören, muß nicht eigens betont werden.

Kommen wir nun zurück zur landwirtschaftlichen Gentechnik. Hier wird deutlich, dass technologische Globalisierung tatsächlich ein *globaler* Vorgang ist. So sind die heute weltweit gehandelten gentechnisch veränderten Nutzpflanzen Produkt langfristiger Entwicklungsstrategien einer Handvoll multinationaler Agrokonzerne. Der globale Handel mit diesen Organismen wird ferner gestützt durch ein liberales handelsrechtliches Regime, Stichwort WTO - Welthandelsorganisation. Ebenfalls unterstützt wird die landwirtschaftliche Gentechnik durch die USA, die sich über Jahrzehnte am globalen Markt für landwirtschaftliche Produkte als billiger Hochproduktivitätsanbieter positioniert haben. All das deutet auf supranationale Strukturen und Prozesse, denen die gewissermaßen „an die Scholle gebundenen“ Produzenten unterliegen, ihnen ausgeliefert sind.

Vor diesem Hintergrund habe ich mir nun die Frage gestellt, wie *potentielle Verlierer* dieses Vorgangs auf diese Form technologisch-ökonomisch-politisch-rechtlicher Globalisierung reagieren. Genauer: wie reagieren jene *Bauern*, die durch die Einführung einer weiteren produktionssteigernden Technologie eher Nachteile erleiden als Vorteile erzielen, auf diese Technologie.

Dass es solche Verlierer gibt, ist angesichts des dramatischen, u.a. technologiebedingten Strukturwandels klar. Wer genau die potentiellen Verlierer sind, kann man a priori zwar nur hypothetisch festlegen, doch bewegt man sich auf festem Terrain, wenn man annimmt, dass das jene Produzenten sind, die in einem produktions- und kapitalintensive Wettbewerb von vorneherein die schlechteren Karten haben. Oder in

anderen Worten: jene Betriebe die bereits ums Überleben kämpfen, Kleinbauern oder Bauern in Ungunstlagen, werden zu den Verlierern einer neuen produktionssteigernden Technologie zählen.

Ich möchte diese Modellvorstellung eines technologischen Globalisierungskonfliktes dazu nutzen, zu untersuchen, welche *unterschiedliche* Formen Widerstandsreaktionen annehmen können. Durch einen solchen Vergleich hoffe ich mehr über die der Frage nach den Ursachen und Bedingungen solcher Unterschiede erfahren zu können. Welche Rolle spielt dabei etwa der nationale Kontext oder die Politik, insbesondere die Landwirtschaftspolitik?

Warum habe ich mir für diesen Vergleich gerade Österreich und Frankreich ausgesucht? Nun, in beiden Staaten findet, wenn auch in sehr unterschiedlicher Form und mit sehr unterschiedlichen Akteuren und Gegnern, ländlicher Widerstand gegen die Gentechnik statt. In beiden Ländern ist dieser Widerstand Bestandteil einer jahrelangen, gesamtgesellschaftlichen Mobilisierung gegen diese Technologie, und sind ländlicher Widerstand bzw. auch landwirtschaftspolitische Überlegungen von eminenter Bedeutung für eine generelle Politik der Staaten die landwirtschaftliche Gentechnik auch im Europäischen Kontext abzulehnen.

NIMBYs und NIABYs

Soviel zu meinen Ausgangsüberlegungen. Ich komme jetzt zu den Unterschieden zwischen den beiden Ländern, die ich ziemlich bemerkenswert finde. In einer idealtypischen Weise möchte ich die beiden Reaktionsweisen in Österreich und Frankreich als NIMBY- respektive NIABY-Reaktion bezeichnen. Österreich ist ein NIMBY. NIMBY bedeutet: „Not In My Back Yard“ - Nicht in meinem Hinterhof. Den französischen Widerstand hingegen typisiere ich als NIABY-Haltung: „Not in Anybody's Back Yard!“ – nirgendwo, in niemandes Hinterhof soll die landwirtschaftliche Gentechnik zur Anwendung kommen.

Was ist ein NIMBY? Der Begriff NIMBY ist mit der Geschichte der Umweltbewegung eng verbunden. NIMBYs sind umweltpolitische Akteure, z.B. Bürgerinitiativen, die sagen: diese Risikotechnologie, dieses Kraftwerk, diese Mülldeponie will ich nicht in meiner Nachbarschaft, in meinem Hinterhof haben. Sie stellen einen überaus häufigen Reaktionstyp in Umweltkonflikten dar. Geprägt wurde der Begriff in den 70er Jahren im Zusammenhang mit lokalen US-amerikanischen Umweltkonflikten, wo man damit einen ebensolchen typische Reaktionsweise von Nachbarschaften und Gemeinden auf örtliche Umweltbedrohungen bezeichnete: Entsorgungsanlagen oder Produktionsstätten giftiger Substanzen etc.. Die politische Motivation, der politische Horizont von NIMBYs beschränkt sich normalerweise auf ihre nahe Umgebung. Die unmittelbare Bedrohung stellt dabei einen überaus wirkmächtigen Mobilisierungsmechanismus dar. Man geht eben eher auf die Barrikaden, wenn die Gefahr im eigenen Hinterhof lauert, als „irgendwo draußen in der Welt.“ Die Konnotation eines solchen auf die eigene kleine Welt beschränkten Engagements ist natürlich etwas ambivalent. So geht das NIMBY-Engagement auch gerne mit nicht allzu progressiven Einstellungen einher, mit lokalen Kollektivegoismen beispielsweise oder auch dem bekannten Floriani-Prinzip: Heiliger Florian, verschon mein Haus, zünd andre an! Das heißt, NIMBYs tendieren dazu Bedrohungen nicht zu lösen, sondern auf andere zu verschieben. Wie gesagt: Ambivalenz, denn andererseits bildet die NIMBY Mobilisierung einen überaus wirksamen politischen Mechanismus. NIMBY-Konflikte haben in der Umweltbewegung daher immer wieder eine große Rolle gespielt.

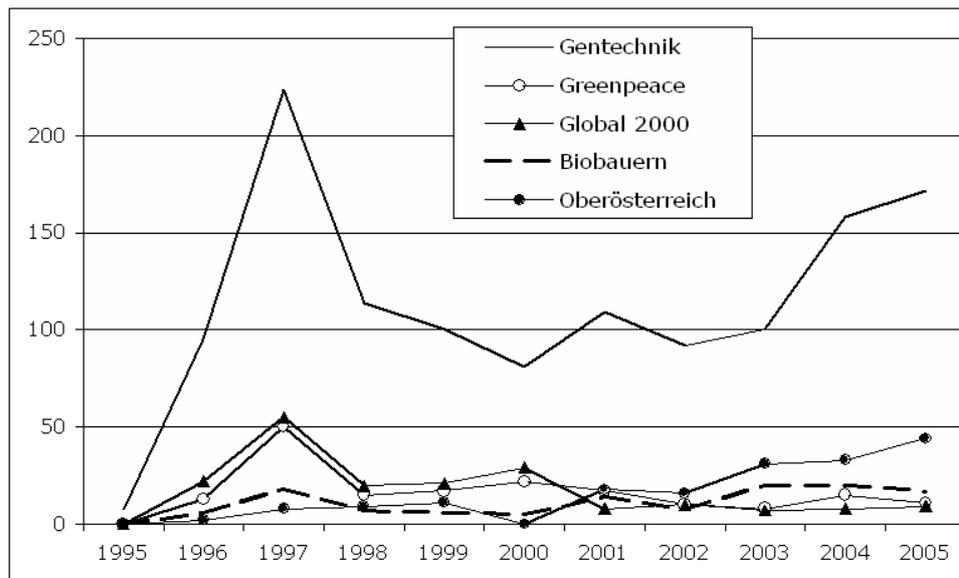
Wenn ich nun Österreich in Sachen landwirtschaftlicher Gentechnik als NIMBY bezeichne, dann zweckentfremde ich diesen Begriff ein wenig, da dieser ja ursprünglich auf die Reaktionsweisen lokaler Gemeinden und Nachbarschaften zugeschnitten war. Ich aber titulierte hier ein ganzes Land als NIMBY. Das ist aber durchaus angemessen, denn schließlich befindet sich dieses Land in einem übergreifenden supranationalen Verband, in unserem Fall der Europäischen Union, und sogar darüber hinausgehend, der großen Gruppe Staaten, die der Welthandelsorganisation mit ihren Freihandelsbestimmungen angehören. Die landwirtschaftliche Gentechnik - der Handel mit gentechnisch verändertem Saatgut, oder die

Zulassung von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen wie Mais und Raps - wird in diesem großen, supra- und internationalen Verbund, durch gemeinsame Bestimmungen geregelt, sei es durch die EU oder die WTO, mit deren handelsrechtlichen Bestimmungen die Binnenmarktregelungen der EU ja übereinstimmen müssen. In diesem größeren Zusammenhang nun, kann man Österreichs Gentechnikpolitik durchaus als die eines NIMBYs bezeichnen, eines globalen NIMBYs gewissermaßen. Denn anderswo kommt die Gentechnik ja in großem Maßstab zur Anwendung, Österreich hat es demgegenüber bislang geschafft - allerdings unter Verletzung von EU und WTO Regelungen - seinen Hinterhof von ihr freizuhalten.

Und was ist ein NIABY? Offensichtlich der weltoffene Gegenpart des NIMBY. NIABYs wollen den Gefahrenherd, die Risikotechnologie nicht nur nicht in ihrem Hinterhof haben, sie wollen sie *überhaupt* nicht haben, lehnen sie *generell* ab. Und nicht nur das: Sie wollen, wie unser Fall Frankreich zeigen wird, das industrielle, rechtliche, politische *Regime* nicht haben, für welches diese Technologie quasi sinnbildlich steht. In wichtigen Aspekten sind NIMBYs und NIABYs also konträre Reaktionsweisen auf ein und dieselbe – echte oder imaginierte – Gefahrenquelle. Was das konkret bedeutet soll im Folgenden deutlich werden. Ich komme jetzt zur Präsentation der Fälle Österreich. Zunächst ein Grafischer Überblick.

Österreichs Gentechnikpolitik im Überblick

Grafik 1: Inhaltsanalyse Neue Kronenzeitung, nach dem Stichwort Gentechnik, von 1995-2005



Wenn man nun die Entwicklung der österreichischen Gentechnikkontroverse anhand des Boulevardblattes *Neue Kronenzeitung*, das in der österreichischen Gentechnikpolitik eine sehr wichtige Rolle spielt, da sie als überaus einflußreiches Massenmedium eine klare Anti-Gentechniklinie fährt, analysiert, zeigt sich dass das Stichwort *Gentechnik* im Jahr 1995 in der *Neuen Kronenzeitung* noch so gut wie nicht vorkam. Vor dem Einsetzen der politischen Kontroverse um die Gentechnik existierte das Thema in der *Neuen Kronenzeitung* also praktisch nicht. Dann aber, im folgenden Jahr 1996, steigt die Berichterstattung über die Gentechnik mit unvermittelt an. Der Grund ist, dass im Frühjahr 1996 die erste Freisetzung eines GVO, einer Kartoffel stattgefunden hat. Diese Freisetzung erfolgte ohne behördliche Genehmigung, was einen Skandal provozierte, den die *Neuen Kronenzeitung* augenblicklich aufgriff, bzw. mitproduzierte. In diesem Moment stieg sie also in die Debatte ein. Die *Kronenzeitung* argumentierte, dass die Gentechnik eine ungeheure Gefahr für Österreich wäre, auf unsere Häupter beschworen allein durch

die EU und Industrie und dass wir das einfach nicht haben wollten. Es kam zu einer tönenden Anti-Gentechnik-Kampagne, deren stärkster Träger die *Kronenzeitung* war. Diese Kampagne hat dann im österreichischen Anti-Gentechnik-Volksbegehren resultiert – man sieht den Ausschlag auch in der Inhaltsanalyse, das Maximum ist dort im Jahr 1997 erreicht - einem mit 1,2 Mio. Unterschriften sehr erfolgreichem Volksbegehren. Auch weiterhin bleibt die Thematik auf der Agenda der *Kronenzeitung*. Die *Kronenzeitung* ist sehr wichtig in Österreich. Sie „ist“ gewissermaßen die „öffentliche Meinung“, und diese kann die Politik nicht ignorieren. Es ist nicht übertrieben zu sagen: Die österreichische Politik muß in vielen Bereichen das tun, was die *Neuen Kronenzeitung* vorgibt - bzw. tut es, um nicht unpopulär zu werden.

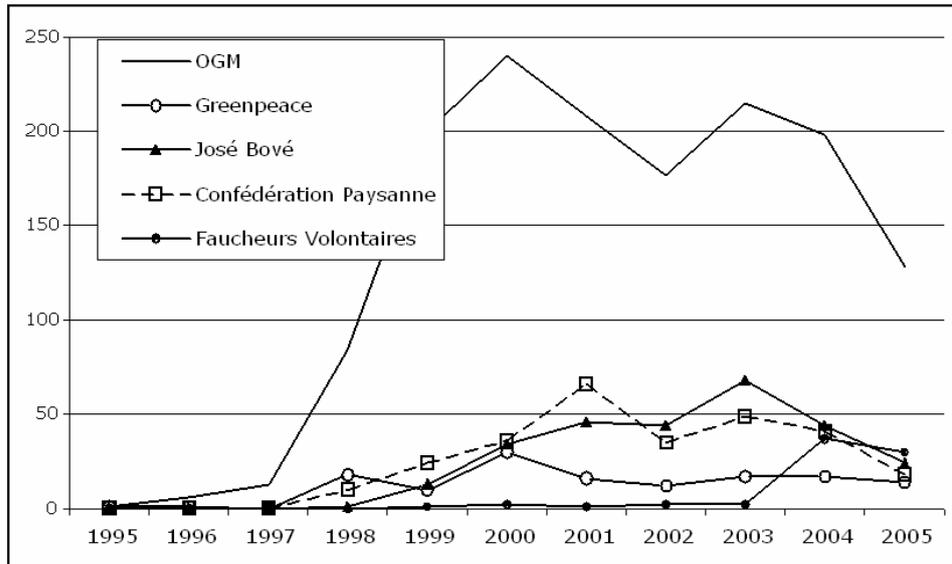
Aber natürlich läuft eine solche Kampagne nicht allein in einer Zeitung oder auch den Massenmedien im Allgemeinen ab. In jeder öffentlichen Kontroverse spielen jene soziale Akteure eine zentrale Rolle, die am *Issue-Framing* beteiligt sind, die also in der massenmedialen Öffentlichkeit präsent sind, und diese bzw. das breite Publikum ihre Version der Dinge präsentieren, um ihrer Definition, worum es in der Auseinandersetzung überhaupt geht, zur allgemeinen Akzeptanz zu verhelfen. Das tun sie allerdings nicht allein sondern in diskursiver Konfrontation mit ihren Gegnern, die ganz das gleiche versuchen. Man nennt diese vor Publikum ausgetragene Auseinandersetzung „die öffentliche Arena.“

In Österreich, das sieht man in der Darstellung deutlich, waren die bestimmenden Akteure in der öffentlichen Arena zwei internationale NGOs, *Greenpeace* und *Global 2000*. In der Tat ist auch *Global 2000* eine internationale Gruppe, sie ist mit der internationalen Dachorganisation *Friends of the Earth* verbunden. Beide Gruppen haben stehen mit der einflußreichen *Kronenzeitung* gewissermaßen in einem stillschweigenden Pakt, soweit es gegen die landwirtschaftliche Gentechnik geht. Die *Kronenzeitung* hat das *Issue-Framing* dieser Gruppen übernommen und sorgt für deren Durchsetzung in der Massenöffentlichkeit.

Diese starke Präsenz internationaler NGOs entspricht übrigens einem gesamteuropäischen Muster. Denn in der gesamteuropäischen Entwicklung waren ebenfalls *Greenpeace* und *Friends of the Earth* bei der Organisation der verschiedenen nationalen Mobilisierungen gegen die Gentechnik federführend. Zu dieser Mobilisierung kam es zunächst in Österreich, in anderen Ländern erfolgte diese mit einer etwas zeitlichen Verzögerung. Biobauern/Biobäuerinnen waren in der österreichischen Anti-Gentechnik-Kampagne ebenfalls sehr wichtig. Sie sind aber selber in der Öffentlichkeit vergleichsweise wenig in Erscheinung getreten. (Grafik) In den letzten Jahren ist das Bundesland Oberösterreich in der öffentlichen Arena immer wichtiger geworden, weil Oberösterreich eine Sonderinitiative für ein Verbotsgesetz gestartet hatte, womit es vor einigen Monaten aber endgültig gescheitert ist. (Grafik) Dieses Verbot war mit EU-Recht genausowenig kompatibel wie die österreichischen Separatverbote (*import bans, safeguard clauses*). Dies war ein erster Blick in die öffentliche Kontroverse.

Frankreichs Gentechnikpolitik im Überblick

Grafik 2: Inhaltsanalyse *Le Monde*, nach dem Stichwort OGM, von 1995-2005.



Betrachten wir die Entwicklung in Frankreich. Für Frankreich wurde die gleiche Inhaltsanalyse anhand des eines anderen Stichworts, nämlich *OGM (organisme génétiquement modifié)*, in der Tageszeitung *Le Monde* durchgeführt. Dieser Begriff funktioniert ähnlich gut als Indikator für den politischen Gentechnikkonflikt wie in der Neuen Kronenzeitung das Wort „Gentechnik“. So wie dieses taucht *OGM* als neues Akronym in Frankreich auf, das allerdings rasch in den allgemeinen Sprachgebrauch übergeht und aufs Engste mit der politischen Debatte um eben diese *OGM* - den genetisch veränderten Organismen, die plötzlich da sind und zum Politikum werden - korrespondiert.

Man sieht an der Grafik, dass der Begriff *OGM* in Frankreich mit einer zeitlichen Verzögerung zu Österreich von etwa zwei Jahren auftritt. Daran sieht man auch, wie unabhängig nationale Debatten voneinander in Europa ablaufen.

Le Monde ist im Gegensatz zur *Krone* übrigens keine Kampagnen durchführende Zeitung. Sie ist aber sicher eine sympathisierende Zeitung, was die Rolle den sich seit 1996 langsam formierenden Widerstand gegen die „*OGM*“ anlangt. Die Debatte in beiden Ländern laufen in beiden Ländern zwar auf das gleiche hinaus – nämlich: „wir wollen die Gentechnik nicht haben!“, der Verlauf ist aber doch sehr unterschiedlich. Ein erster Anstieg erfolgte in den Jahren 1998 bis 2000. 2000 haben wir einen Höhepunkt in der Debatte, seitdem bleibt der politische Begriff „*OGM*“ allerdings fest verankert in der französischen Debatte.

Auch sind die tonangebenden Aktivisten in Frankreich - im Gegensatz zum gesamteuropäischen Trend - nicht internationale Umwelt-NGOs wie *Greenpeace* sondern eben *José Bové* und seine *Confédération Paysanne*, also eine Bauernorganisation. Zum Vergleich: Die Biobauern waren in Österreich zwar wichtig im politischen Entscheidungsprozeß, treten aber kaum als Aktivisten in Erscheinung.

Was man ebenfalls von der Grafik ablesen kann, ist dass ab 2003/2004 in Frankreich mit den *Faucheurs volontaires* („freiwilligen Mäher“) eine neue, radikale Bewegung auftritt, welche die laufend stattfindenden Versuchsfreisetzen sabotieren, indem die Versuchsfelder teils in Nacht-und-Nebel-Aktionen, teils ganz offen zerstören. Das hat klarerweise rechtliche Implikationen und sorgt für Tumult.

Österreich als europäischer NIMBY

Auch auf europäischer Ebene gibt es Unterschiede und Ähnlichkeiten zwischen Österreich und Frankreich. So hatte Österreich das Europäische Moratorium zwischen 1999 und 2004 zwar mitgetragen, das aber erst ab dem Jahr 2000. Österreich war also ein eher zögerlicher Unterstützer des Europäischen Moratoriums gewesen. Erst 2006 hat die Bundesregierung im Rahmen der EU-Präsidentschaft in

verschiedenen Foren gezielt Engagement zur Unterstützung ihrer NIMBY-Politik auf europäischer Ebene gezeigt.

Was indes an der österreichischen Anti-Gentechnikpolitik im europäischen Kontext hervorsteicht, ist die beharrliche Verteidigung *nationaler Importverbote* bereits zugelassener GVO. Es gibt insgesamt vier Importverbote, drei davon für kommerziell zugelassenen Mais. Diese Importverbote sind wichtig, da sie in dem Prozeß, den die USA bei der Welthandelsorganisation zwischen 2003 und 2006 angestrengt haben, zu Verstößen gegen Welthandelsrecht erklärt wurden, wie im 2006 erschienenen WTO-Bericht erklärt. Der Grund war, dass Österreich bereits europaweit zugelassene GVO nachträglich verboten hatte: Die ersten Mais Verbote kamen 1996/97 und wurden bis heute aufrecht erhalten, im Jahr 2006 folgte dann ein viertes Verbot, diesmal gegen gentechnisch veränderten Raps. Wie gesagt, diese Verbote waren problematisch, da sie gegen bereits zugelassene Organismen erhoben wurden. Diesen Widerspruch im EU Entscheidungssystem wertete das WTO Streitschlichtungsgremium als Bruch von WTO Recht.

Die einzige Möglichkeit, die ein Land hat, solche nachträglichen Verbote zu verteidigen, ist es, wissenschaftliche Gründe anzugeben, aufgrund derer angenommen werden konnte, dass diese Organismen bisher unbekannte Gefahren für Mensch und Umwelt bergen. So ein Verfahren kann daher ein langes wissenschaftliches Prozedere nach sich ziehen, das die verschiedensten Komitees mit einschließt. Der Tenor der maßgeblichen europäischen Kommissionen aber war, dass die von Österreich angeführten wissenschaftlichen Gründe keine Gültigkeit haben.

Es ist ein, man kann sagen, hegemoniales Prinzip in diesem globalen regulatorischen Gefüge, für bereits zugelassene Organismen stets den *wissenschaftlichen* Nachweis führen zu müssen, also wissenschaftlich belegen zu müssen, dass es doch gewisse Gefahrenmomente gibt oder geben könnte, die eine Revision der Zulassung erfordern könnten. Dennoch hat man auf diesem Importverbot insistiert – und man beharrt bis heute. Diese wissenschaftliche Auseinandersetzung um Gesundheits- oder Umweltrisiken ist demnach auch die wichtigste Front, die Österreich auf europäischer und letztlich internationaler Ebene hat.

Trotz der vorherrschend ablehnenden Haltung gegen die ins Treffen geführten österreichischen Verbotsgründe, war Österreich mit seinen Verboten erstaunlich lange erfolgreich. Der Grund liegt erstens an dem langen Zögern der Kommission, ein Verfahren zu deren Aufhebung einzuleiten – war sie ja auch durch das Moratorium zumindest politisch blockiert. Aber nach April 2004 scheiterten zwei Versuche der Europäischen Kommission diese Importverbote aufzuheben durch EU-Ratsbeschlüsse. Ein dritter vor kurzer Zeit dürfte allerdings erfolgreich gewesen sein – obwohl selbst bis jetzt (November 2007) die Aufhebung der österreichischen Verbot noch nicht definitiv ist. Doch wurde am 30. Oktober 2007 wurde ein Antrag der EU- Kommission im Rat auf Aufhebung des Importverbots zumindest nicht mit qualifizierter Mehrheit abgelehnt, was nach den Verfahrensregeln auf seine Annahme hinausläuft. (Gleichwohl hat sich die Kommission bei der WTO eine Frist bis 11. Jänner bis zur definitiven Aufhebung der Verbote herausgeschunden).

Die österreichische Politik ist wohl als die eines europäischen oder sogar globalen NIMBYs zu charakterisieren. Deren primäres Ziel ist es, „auf unserem Land“ keine GVO-Freisetzen zuzulassen. Übrigens wird das wahrscheinlich sogar nach Aufhebung der Verbote funktionieren, weil eine andere europäische Politik, nämlich die *Koexistenzpolitik* sichtlich von Österreich und den Bundesländern instrumentalisiert wird, um auch in langer Frist Freisetzen von GVOs in Österreich zu verhindern, und zwar alle Freisetzen, d.h. kommerzielle und solche zu wissenschaftlichen Testzwecken. Es hat in Österreich bisher noch keine wissenschaftliche Freisetzung gegeben. Freisetzen sind in Österreich generell tabu.

Österreich: Interne Entwicklungen

Wenn man nun die Vorgänge in der öffentlichen und politische Arena näher untersucht, dann scheinen als wichtigen Akteure, wie vorher dargestellt, die *Neue Kronenzeitung*, *Greenpeace* und *Global 2000*, seit

2003 auch das Bundesland Oberösterreich mit seinem mittlerweile ebenfalls gescheiterten Verbotsgesetz auf. Die Biobauern/bäuerinnen spielen hingegen keine so große Rolle. Seit etwa 2000 ist die kontroverse Phase vorbei, heute ist die Anti-Gentechnikpolitik weitestgehender Konsens. Es gibt kaum jemanden in Österreich, der offen sagt, er sei *gegen* diese Politik. Nicht einmal die Industrie würde das wirklich sagen, zumal die früheren Pro-Gentechnik Gruppierungen - insbesondere die Saatgutindustrie - interessanterweise mittlerweile sogar davon profitiert.

Ausschlaggebend für diese konsensuelle Wendung ist, dass die Landwirtschaftspolitik, deren Haltung bis Ende der 1990er Jahre keineswegs klar war – es wurde immer wieder betont, dass es gut wäre sich zumindest die Option für die landwirtschaftliche Gentechnik offen zu halten – mittlerweile auf einen expliziten Anti-GVO Kurs eingeschwenkt ist.

Als primäres Motiv wird der Schutz der biologischen Landwirtschaft angeführt. Gerechtfertigt wird das als europäische Nischenpolitik zur Gewährleistung von GVO-freiem Saatgut und GVO-freier Produkte. Die strukturelle Bedingung einer solchen Politik liegt letztlich im sehr hohen Anteil an biologischer Landwirtschaft (ca. 11 %) Österreich begründet, welcher seinerseits in der frühzeitige Ökologisierung der Landwirtschaftspolitik und auch im Engagement zwischen Landwirtschaftspolitik und Öffentlichkeit im Rahmen des EU-Beitritts begründet liegt. Wir haben also sehr viele Biobauern und -bäuerinnen in Österreich und so kann man auch die Koexistenzpolitik dazu benutzen, zum Schutz dieser Nischenproduzenten das gesamte Territorium GVO-frei zu halten. Das ist meiner Ansicht nach das Kalkül der österreichischen Haltung zur Koexistenzpolitik. Wenn man sich anschaut, von woher diese Politik kommt, bzw. wer diese macht – wer also für das *Issue Framing* verantwortlich zeichnet - so glaube ich, dass dies die Biobauern selbst, die ja die Nutznießer dieser Politik sind, bzw. auch deren Interessensvertretungen *nicht* sind. Wenn hier ein direkter Beitrag stattfindet, dann eher in Form von Expertisen, aber nicht in Form einer Präsenz, eines *Issue Framing* in der öffentlichen Arena oder als kontroverses Auftreten in der Öffentlichkeit. Lediglich gilt es hier eine internationalistische Bauernorganisation zu erwähnen, die ähnlich wie die *Confédération Paysanne* argumentiert, nämlich die ÖBV, die *Österreichische Bergbauern und Bergbäuerinnen Vereinigung*. Diese ist durchaus wichtig gewesen im politischen Prozeß, in der Strategiebildung und im Vordenken, ist aber in der öffentlichen Debatte sehr viel weniger sichtbar gewesen.

Frankreichs Gentechnikpolitik in der EU

Anders als Österreich war Frankreich im europäischen Kontext viel initiativer. Frankreich ist der Allianz der das europäische Moratorium unterstützenden Staaten (1999-2004) nicht nur beigetreten sondern führte sie gemeinsam mit Griechenland an. Frankreich hat selbst ebenfalls zwei Importverbote für gentechnisch veränderte Rapsorten aufrecht erhalten. So wie Österreich hat es damit europaweite Zulassungen unterlaufen, und wurde dafür von der WTO-Jury des Bruches von WTO-Recht für schuldig befunden. Diese nationalen Verbote sind heute allerdings nicht mehr relevant, da die Zulassungen mittlerweile ausgelaufen sind. Frankreichs Verbote müssen daher auch nicht von der Kommission wieder aufgehoben werden. Insofern hat Frankreich nicht das politische Problem das Österreich heute noch hat, nämlich vor der eigenen Bevölkerung eine Aufhebung eines GVO-Importverbotes durch die EU eingestehen zu müssen.

GVO-Maisanbau war in Frankreich allerdings nicht verboten – obwohl es in der Öffentlichkeit in den 1990ern eine hitzige Kontroverse dazu gegeben hat. Mais-Zulassungen sind sehr wichtig, weil Mais jene Pflanze ist, die wirklich kommerziell angebaut wird. Es gibt nur eine einzige genetisch veränderte Varietät, die EU-weit und auch in Frankreich in geringem Maße angebaut wird, nämlich MON 810 vom Hersteller *Monsanto*. Dennoch fanden in Frankreich die ganze Zeit, auch schon vor den 1990er Jahren, experimentelle Freisetzungen statt. Seit 2005 gibt es auch kommerzielle Freisetzungen. 2007 belaufen sich diese Freisetzungen flächenmäßig auf ca. 22.000 ha. Diese über Jahre im ganzen Land durchgeführten

Freisetzungen, va. experimenteller Art, bilden den Fokus eines erbitterten, mit systematischen Feldzerstörungen einhergehenden Konflikts.

Frankreichs öffentliche Arena

Wenn wir nun die inneren Auseinandersetzungen in Frankreich betrachten, so findet im Gegensatz zu Österreich, wo die Diskussion innerhalb der Landwirtschaftspolitik im großen und ganzen konsensuell abgelaufen ist, bis heute ein überaus heftiger und außerdem auch das intellektuelle Frankreich erfassender Konflikt über die landwirtschaftliche Gentechnik statt. Diese GVO Kontroverse hat in Frankreich deutlich später eingesetzt als in Österreich. In Österreich war das 1996, in Frankreich 1998 und 1999. Sie ist auf Seiten der Aktivisten durch den Einsatz von Sachbeschädigung als Druckmittel, konkret GVO Feldzerstörungen gekennzeichnet. Die *Faucheurs volontaires*, die „freiwilligen Mäher“, eine Bewegung von einigen tausend Aktivisten und Aktivistinnen, hat sich zum Ziel gesetzt, jedwede Freisetzungen, ob experimenteller oder kommerzieller Natur, zu zerstören. Diese Aktionen nähren die Kontroverse: GVO-Felder werden - heimlich oder demonstrativ - „abgemäht“, die Verursacher werden polizeilich verfolgt und vor Gericht gestellt. Diese Verfahren finden in jedem Fall im Licht der Öffentlichkeit statt. Aus der Sicht der Aktivisten ist die Zerstörung eines GVO-Feldes ein politischer Akt, rechtlich kann dieser allerdings mit der vollen Härte des Zivilgesetzes geahndet werden. Somit steht durchwegs das Damoklesschwert von Gefängnisstrafen und großen Schadensrückzahlungen über den Rädelsführern. Ständig nähren Feldzerstörungen, aber auch die daraus resultierenden rechtlichen Verwicklungen und Dispute die laufende öffentliche Diskussion.

Die Confédération Paysanne

Federführend in dieser Debatte sind nun ganz andere Gruppen als in Österreich nämlich eine Bauerngruppierung, die *Confédération Paysanne* gemeinsam mit *José Bové* und den *Faucheurs volontaires*, den „freiwilligen Mähern“. Wer sind diese Akteure? Der Ursprung der *Confédération Paysanne* läßt sich in die 1970er Jahren auf die Auseinandersetzungen um *Larzac* zurückführen. Anfang der 1970er hatte die französische Regierung geplant in diesem Landstrich eine Militärbasis zu errichten. Die lokalen Bauern und Bäuerinnen setzten sich dem entgegen und es kam – ausnahmsweise nicht zu einer NIMBY-Reaktion - sondern einer landesweiten Solidarisierungsbewegung. Diese Bewegung war - im Gegensatz etwa zur französischen Anti-Kernkraftbewegung, die zwar massiv war, aber letztlich scheiterte - erfolgreich. Letztlich gelang es der damaligen Solidaritätsbewegung über einen zehnjährigen harten Kampf die Militärbasis zu verhindern.

Die *Confédération Paysanne* ging nun wesentlich aus dieser Bewegung um den *Larzac* hervor. Ein weiteres damit verbundenes Element ist die im Laufe der 1970er und 80er steigende Unzufriedenheit unter den französischen Bauern mit der dominante Bauerngewerkschaft FNSEA, der *Fédération Nationale des Syndicats d'Exploitants*, vergleichbar etwa mit dem Bauernbund in Österreich. Die FNSEA beherrscht die französische Landwirtschaftskammer, die französische Landwirtschaftspolitik und bildet das entscheidende Relais zur Subventionsmaschine der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik. Interne Kritik etwa an deren produktivistischer, umweltbelastenden Orientierung, und der Ausführung einer europäischen Förderpolitik, die landwirtschaftliche Großbetriebe belohnt und kleine Familienbetriebe sterben läßt, wurde in der FNSEA unterdrückt, was zur Sezession von Kritikergruppen führte. Es waren diese FNSEA Splittergruppen, die sich Ende der 1980er zur *Confédération Paysanne* zusammenschlossen.

Die heutige *Confédération* ist jedenfalls der radikalen, anarchistisch-syndikalistischen Linken Frankreich zuzuordnen, wobei man vielleicht sagen muß, dass in Frankreich diese Bezeichnung nicht so abschreckend klingt wie vielleicht in Österreich. In Ländern wie Frankreich, Italien oder Spanien haben Formen von anti-staatlicher, anti-autoritärer Selbstorganisation im ländlichen Raum eine lange, in die Zwischenkriegszeit zurück reichende Tradition.

Ungewöhnlich für eine Bauernvereinigung ist auch die *internationalistische* Perspektive der *Confédération*. Die meisten bäuerlichen Interessensorganisationen in Europa sind nämlich lokale Gruppierungen. Die *Confédération Paysanne* vertritt globale Interessen, sie erklärt sich als solidarisch mit allen Kleinbauern und Bäuerinnen und unterdrückten Landarbeitern auf der ganzen Welt.

Es gibt daher auch einen engen Konnex zur internationalen Kleinbauernbewegung *Vía Campesina*, die sich um politisch organisierte Kleinbauern und Landarbeiter v.a. in Entwicklungsländern einsetzt, beispielsweise für die Landlosen in Brasilien. Im Zusammenhang mit der weltweiten Diskussion um die Liberalisierung des internationalen Handels mit landwirtschaftlichen Produkten propagiert die *Vía Campesina* bemerkenswerte kritische Ideen. Ein Schlagwort ist z.B. jenes der *Ernährungssouveränität*, d.h. der lokalen Produktion und Konsumtion von Nahrungsmitteln. Umgesetzt könnte diese Idee eine wichtige Route zu nachhaltigem Wirtschaften bieten.

Die *Confédération Paysanne* ist mit weiteren Bewegungsakteuren verbunden. Frankreich birgt eine komplexe und vielfältige „Bewegungsgesellschaft“, zahlreiche NGOs und kritische Gruppierungen, die sich intellektuell wie auch aktivistisch an der öffentlichen Auseinandersetzung beteiligen und i.w.S. „linke“ Ziele verfolgen. Eine Bewegung, die v.a. seit den Auseinandersetzungen um den WTO Gipfel in Seattle 1999 enorm an Bedeutung gewonnen hat, ist der sogen. *Altermondialisme*-, nach dem Slogan: „eine andere Welt ist möglich“, keine Anti-Globalisierungs- sondern eine Anti-Neoliberalismus-Bewegung. *Altermondialisme* bezeichnet nicht die Abwehr der „Globalisierung“ schlechthin, etwa verstanden als Bildung einer Weltgesellschaft. Ihr Kampf gilt vielmehr der Durchsetzung einer „anderen Art“ von Globalisierung, v.a. einer Abkehr von den Dogmen des Liberalismus und Produktivismus. In dem Zusammenhang bekannt ist z.B. die mittlerweile in zahlreichen Tochterorganisationen verbreitete, aus dem kritischen Wochenmagazin *Le Monde diplomatique* hervorgegangene NGO ATTAC (*Association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens*: Vereinigung für eine Besteuerung von Finanztransaktionen zum Nutzen der Bürger) zu. Die *Confédération Paysanne* gemeinsam mit *José Bové* verfolgt einerseits eine Politik der Vernetzung innerhalb dieses Bewegungssegments französischer Politik, zu den politischen Parteien hält sie indes Distanz, dies gilt auch für die Parteien der Linken oder, die französischen Grünen, die *Bové* immer wieder die Bereitschaft zu engere Kooperationen signalisierten.

José Bové

Die Person *José Bové* ist ein zweiter, für sich genommen wichtiger Faktor. Die Bekanntheit *Bovés* geht auf eine Aktion gegen eine *MacDonalds* Filiale in der französischen Stadt *Millau* im Sommer 1999 zurück. Die Aktion, bei der Teile des Geschäfts abgetragen und anderswo demonstrativ abgeladen wurden, führte zu *Bovés* Inhaftierung, was die Mehrheit der Franzosen mißbilligte, zumal *MacDonalds* in Frankreich kein besonders gutes Image hat, vielen sogar als Symbol US-amerikanischen Kulturimperialismus gilt. Die Proteste hatten sich zudem gegen ein WTO Urteil im Konfliktes um den Hormoneinsatz bei der Milch- und Fleischproduktion gerichtet. Dieses Urteil sprach Europa das Recht ab diese leistungssteigernden Mittel zu verbieten und räumte den Amerikanern das recht ein Strafzölle gegen bestimmte europäische Waren, etwa französischen Käse, zu erlassen. Das drohte bestimmte Produzentengruppen (übrigens nicht unbedingt die Roquefort-Hersteller des *Larzac*) zu schädigen.

Die Aktion und *Bovés* anschließende Haftstrafe schickte eine mächtige Sympathie- und Solidarisierungswelle durchs Land. Den meisten Franzosen mutet es als eklatante Ungerechtigkeit und überzogene Staatsrepression an, dass jemand für eine politische, in den Augen vieler ganz legitime Aktion für Wochen ins Gefängnis gesteckt wird. *Millau* brachte den Durchbruch. Zuvor war *Bové* kaum unbekannt gewesen, eine Aktivistenpersönlichkeit unter vielen anderen. Über Nacht wurde er zum politischen Star. *Bové* nutzte den gewonnen Ruhm ohne Zögern und erwies sich dabei als Virtuose des *Issue-Framing*. Nicht nur in Frankreich wurde *Bové* zur politischen Ikone. Durch seine Beteiligung an den WTO-Protesten in Seattle wenige Monate nach *Millau* erlangte *Bové* weltweite Bekanntheit. In den

folgenden Jahren fuhr er fort im Rahmen einer Bewegungstaktik aktivistischer Provokation zu opponieren.

Als junger Wehrdienstverweigerer in der *Larzac*-Bewegung sozialisiert und im Zuge dieser Proteste in den 1970ern auch erstmals inhaftiert beherrscht Bové die Mittel und Wege radikalen Protests aus dem ff. In wohlüberlegten Akten zivilen Ungehorsams und symbolischer Politik setzt er seine *Issue-Framing* in der französischen Öffentlichkeit in Szene. In der gegenwärtigen französischen Gentechnikdebatte besteht das Hauptinstrument dieser Politik in der Zerstörung von GVO Feldexperimenten. Bové fand sehr rasch Nachahmer und Allianzen. So folgten kurz nach einer (vorzeitigen) Haftentlassung Bovés anlässlich der Jubiläumsfeierlichkeiten der *Larzac*-Bewegung im Sommer 2003 Tausende Aktivisten seinem Aufruf den *Faucheurs volontaires* beizutreten.

Die Öffentlichkeit nimmt von GVO Feldzerstörungen Notiz, viel mehr noch aber verfolgt sie die anschließenden Gerichtsprozesse. Die überaus wirkungsvolle Strategie der *Confédération Paysanne* ist es, diese Prozesse in ihrem Sinne umzudeuten und umzufunktionieren. Aus Prozessen, in denen man ihnen Sachbeschädigung vorwirft, machen sie durch die Aufbietung prominenter Gentechnikgegner aus Wissenschaft und Politik Schauprozesse gegen die Biotechnologie, und mehr noch: gegen das politisch-ökonomisch-rechtliche System, welches diese Technologie ermöglicht und stützt.

Diese Prozesse werfen wiederholt die Frage auf, ob es rechtens ist politischen Aktivismus zivilrechtlich abzustrafen, was jedenfalls in der französischen Öffentlichkeit höchst unpopulär ist. Die Prozesse bedeuten somit immer auch eine Infragestellung von Rechtsstaatlichkeit - eine landesweite Debatte über Legalität und Legitimität. Handelt es sich bei den Feldzerstörungen um mutwillige Sachbeschädigung oder legitime Akte der Selbstverteidigung? Die Sympathien liegen klar auf der Seite derer, die sich selbst verteidigen.

NIMBYs versus NIABYs

Kommen wir jetzt zum Vergleich. Zusammenfassend kann man sagen, dass Österreichs NIMBY Politik den Klein- und Biobauern im Land entgegenkommt. Wenngleich sie deren Nutznießer ist, war diese Gruppe in der öffentlichen Kontroverse der 1990er aber nicht unbedingt die exponierteste und einflussreichste. Der Weg, den Österreich - zunächst einmal provisorisch - gefunden hat, um öffentlichen Protest und landwirtschaftspolitische Prioritäten im EU-Kontext zu vereinbaren, besteht in einer pragmatischen, konsensorientierten Nischenpolitik für gentechnikfreie Produkte, die allerdings mit chronischen Friktionen mit der liberalen europäischen Biotechnologiepolitik verbunden ist.

In Frankreich steht die staatliche Politik der landwirtschaftlichen Gentechnologie - nicht zuletzt unter dem Eindruck einer massiven und wohlinszenierten Protestbewegung - mittlerweile zwar reserviert gegenüber (was für eine so wichtiges Agroexport- und Biotechnologieland wie Frankreich alles andere als selbstverständlich ist), ist jedoch bei weitem nicht so prohibitiv wie in Österreich. (So finden weiterhin jährlich zahlreiche Testversuche statt.) Gleichzeitig tobt bis heute eine heiße Kontroverse. Deren wahrscheinlich wichtigstes Produkt ist diskursiver Art – das weltweit exportierte, globalisierungskritische *Issue-Framing* der bäuerlichen Protestbewegung: Deren Gentechnikkritik erschöpft sich nicht in der Warnung vor den vermeintlichen Gesundheits- und Umweltrisiken der Gentechnik oder der Gefährdung einer - sorgsam subventionierten - biologischen Nischenproduktion. Sie geht über diese risiko- oder technozentrische Engführung hinaus und prangert ein globales politisches System an, das soziale Ungleichheiten vertieft und soziale Solidarität untergräbt.

Kontingenzen und strukturelle Unterschiede

Wie kommt es nun zu diesen Unterschieden? Zunächst einmal gibt es Kontingenzen, zufällige nationale Besonderheiten, Dinge, die ganz spezifisch sind für ein Land. Eine Sache, die für Österreich typisch und ungewöhnlich für europäischen Kontext ist, dass es bislang keine GVO Freisetzungen gegeben hat.

Insofern kann es auch keine radikalen Proteste dagegen geben. Das ist natürlich ein Faktum, das viel erklärt. Der öffentliche Einfluß der *Neuen Kronenzeitung* ist auch etwas sehr spezifisch Österreichisches.

Ein weiterer Faktor ist eine hegemoniale, apolitische Landwirtschaftspolitik. Mit apolitisch meine ich etwa, dass Landwirtschaftspolitik in Wahlen so gut wie nie zum Thema wird. Der Grund ist, dass eine Gruppierung, die ÖVP gemeinsam mit dem Bauernbund, die österreichische Landwirtschaftspolitik fast zur Gänze kontrolliert. Für Kontrahenten, politische Opposition und alternative Konzepte bleiben kaum Einflußchancen. Die *Österreichische Bergbauernvereinigung* etwa teilt die Ideen einer *Via Campesina* oder auch *Confédération Paysanne*, ja ist seit Jahrzehnten mit diesen Gruppierungen vernetzt. Als kleine, kritische NGO ist es ihr aber unmöglich, in die Entscheidungssphären der Landwirtschaftspolitik zu gelangen. Anders freilich steht es um kritische Expertise. Wie gezeigt, hat diese durchaus Chancen in die Policy Formulierung Eingang zu finden.

Kommen wir zu Frankreich. Frankreich war in den 1990 viel stärker als andere europäische Länder von Lebensmittelkrisen betroffen, wie BSE, Maul- und Klauenseuche. Diese Krisen haben das Verständnis der Landwirtschaftspolitik, welches ein sehr industrielles produktivistisches ist, erschüttert. Genauso wurde das Vertrauen der Konsumenten und Konsumentinnen in die Landwirtschaft erschüttert. Aber erst relativ spät setzte echtes Umdenken ein, was nicht verwundert angesichts der mächtigen, exportorientierten Agrarlobbies.

Außerdem ist extremer, mitunter gewalttätiger Aktionismus im Bereich kontroverser Landwirtschaftspolitik nichts Ungewöhnliches in Frankreich. Das gilt nicht nur für die *Confédération Paysanne* und die *Faucheurs* mit ihren Feldzerstörungen sondern überhaupt, auch z.B. für die dominante Bauerngewerkschaft FNSEA, vergleichbar etwa mit dem Bauernbund. Aktionsformen wie z.B. Straßensperren, das Abladen von Produkten vor einem Rathaus etc. sind durchaus gepflogen. Es kann dabei durchaus zu Gewalttätigkeiten wie Schlägereien kommen. Das sind Formen von Auseinandersetzungen, die für Frankreich nicht ungewöhnlich sind.

Ein weiterer Frankreich-spezifischer Umstand ist das Erbe von 1968, nämlich dass sich die radikale Linke auch im ländlichen Raum verwurzeln konnte. Das ist auch etwa sehr Typisches. Natürlich ist auch in anderen Ländern, etwa Italien, die radikale Linke in der Landwirtschaftspolitik vertreten. Aber für Österreich ist das so gut wie undenkbar.

Interessant sind aber vor allem strukturelle Unterschiede zwischen Österreich und Frankreich, im Besonderen die Frage, inwieweit diese Prozesse Resultate unterschiedlicher *Landwirtschaftspolitiken* sind. In Österreich haben wir eine frühe Ökologisierung der Landwirtschaftspolitik, die offenkundig auch eine Schutzfunktion für die kleinbäuerliche Landwirtschaft im Kontext von Liberalisierung, dem Produktivitätsdilemma der 80er Jahre mit seinen „Milchseen“ und „Butterberge“, und europäischer Integration, übernahm. Eine besondere Rolle spielte in dieser Politik die Aufwertung der biologischen Landwirtschaft. Das Subventionswesen war wohl entscheidend dafür, dass wir mit ca. 11 % bis heute führend sind beim Anteil der biologischen Landwirtschaft. Das hängt wie gesagt mit dem EU-Beitritt zusammen und der Aufwertung des ländlichen Raumes insgesamt. Ein Hauptmotiv für die Förderung der biologischen Landwirtschaft ist nicht nur die Unterstützung von tendenziell benachteiligten Betrieben sondern der Versuch Bauern/Bäuerinnen im Vollerwerb zu erhalten.

In Frankreich haben wir eine diametral entgegengesetzte, produktivistische Landwirtschaftspolitik, die zu einem viel tiefer greifenden Strukturwandel in den letzten Jahrzehnten geführt hat. Wer mal in Frankreich wandern war, dem sind mancherorts vielleicht die weiten, ausgestorbenen Regionen aufgefallen, die Dörfer, die im Winter von gerade einer Handvoll alter Menschen bewohnt sind und sich bestenfalls im Sommer mit Feriengästen etwas anfüllen. Kleine Betriebe wurden in weit höherem Maß aus der Produktion gedrängt, große für den Weltmarkt produzierende industrielle Betriebe bauten ihre Vormachtstellung aus. Dieser Trend hält zwar an, doch zeigt sich auch ein gewisser Wandel. Die

Lebensmittel- und Umweltkrisen der vergangenen Jahre können nicht ignoriert werden und zwingen zum Umdenken. Vor allem aber kann sich Frankreich den internationalen Entwicklungen - GATT, WTO, die Öffnung der internationalen Agrarmärkte und, in Reaktion darauf, die Reformen der europäischen Landwirtschaftspolitik - nicht verschließen. All das zwingt zur Anpassung. Der landwirtschaftliche Produktivismus wird daher immer mehr auch in Frankreich infragegestellt.

Ebenso kommt es zur Infragestellung der Dominanz der FNSEA. Gerade in letzter Zeit kam es - auch unter *Nicolas Sarkozy* - zu einer Aufwertung der Umweltpolitik. Erwähnt sei die *Grenelle de l'environnement*, eine Art Gipfeltreffen aller an der Landwirtschaftspolitik beteiligten Gruppierungen, bei dem etwa beschlossen wurde, den Anteil der biologischen Landwirtschaft von derzeit 2 auf 20% in 15 Jahren zu steigern! Das ist zwar nur eine Absichtserklärung, vor einigen Jahren aber hat man in Frankreich die biologische Landwirtschaft praktisch nicht ernst genommen. Mittlerweile ist das anders, Bioprodukte werden nun auch in Supermärkten groß angeboten. Es besteht ein großer Bedarf nach diesen Produkten vor allem in den Städten und man will das nun auch von der Politik her fördern. Hier ist nicht auszuschließen, dass Frankreich längerfristig - zumindest was bestimmte Segmente anlangt - den österreichischen Weg nachvollzieht.

Fazit und Ausblick

Ich komme nun zum Fazit. Die Ausgangsüberlegung war, dass der Konflikt um die landwirtschaftliche Gentechnik, insbesondere in seiner Ausprägung als bäuerlicher Widerstand, einen Modellfall für die Reaktionsweisen auf technologische Globalisierung liefert. Wie wir gesehen haben, kann bäuerlicher Widerstand aber völlig unterschiedliche Formen annehmen. Österreich und Frankreich sind hierfür exemplarische: konsensuelle NIMBYs stehen kämpferische NIABYs gegenüber.

Entscheidend für diese Divergenz ist nun der nationale Kontext. Heute wird gerne behauptet, wir lebten in einer „postnationalen“ Epoche, doch sind wir, wie ein solcher Vergleich zeigt, weit davon entfernt. Der nationale Kontext ist in vielerlei Hinsicht entscheidend. Die Kontroversen verlaufen ganz unterschiedlich in den beiden Öffentlichkeiten, nicht nur, was deren zeitlichen Verlauf anlangt. In der Erklärung der Unterschiede verdient die jeweilige Landwirtschaftspolitik besonderes Augenmerk, insbesondere in der Rolle, die sie kleinen, tendenziell benachteiligten Produzenten zuweist.

Denken wir etwas weiter, dann wäre eine weitere Frage für die Diskussion interessant, nämlich welche weiteren *Auswirkungen* diese beiden Typen bäuerlichen Widerstandes in einem größeren, ja globalen Zusammenhang haben. NIMBYs sind zwar Akteure, die sich in erster Linie über ihren Hinterhof, ihre kleine Welt Sorgen machen. Das schließt aber nicht aus, dass dieses Verhalten Wirkungen in einem größeren Umfeld erzeugt. Daher die Frage: Worin etwa besteht Österreichs Rolle in der europäischen Biotechnologie- oder Landwirtschaftspolitik?

Worin besteht andererseits die Wirkung einer Gruppe wie der *Confédération Paysanne* und ihrer doch enormen Öffentlichkeitswirksamkeit und dem damit verbundenen Potential unser Denken und unsere Konzepte zu verändern? Es ist anzunehmen, dass durch die ständigen Feldzerstörungen, Gerichtsverfahren und das so bedingte Fortdauern der öffentlichen Debatte, zunächst in Frankreich aber schließlich auch in den Industriestaaten generell, unsere Begrifflichkeiten und Wertungen, kurz unser Denken über Landwirtschafts-, Umwelt- und Lebensmittelpolitik verändert wird. Und das nicht nur im Kreis der Spezialisten sondern in der breiten Öffentlichkeit. Neue Konzepte, Ideen und daran verbundene Produkte gegenwärtig tauchen heute im Wahrnehmungshorizont der Bevölkerung auf - etwa Bio- oder Fair-Trade-Produkte im Massenkonsum, aber auch Ideen wie Ernährungssouveränität - die letztlich auch in die Form von Konsumprodukten gegossen werden muß, um zu Realität zu werden. Diese Bemerkungen nur als kurze Anregungen zur Frage nach den weiteren Effekten dieser verschiedenen Reaktionsweisen in einem größeren, ja globalen Kontext.

Diskussion

Hoppichler: Dieses Bild ist in großen und ganzen stimmig. Ich bezeichne mich offiziell immer als Berater der Initiatoren des Gentechnikvolksbegehrens. Als Berater für Österreich bei der EU könnte ich viele Einzelheiten aufzählen. Man muß sehen, dass die Geschichte in Österreich nicht mit der *Neuen Kronenzeitung* anfängt. Bereits 1987/1988 war die ÖBV (Österreichische Bergbauernvereinigung) in Zusammenarbeit mit uns federführend. Damals ist es uns gelungen, eine Österreich weite Kampagne gegen die *Biochemie Kundl* gegen das gentechnische Rinderwachstumshormon zu führen. Wir sammelten über 10.000 Unterschriften in kurzer Zeit und waren damit sehr erfolgreich. Damals waren in Österreich zwei Akteure tätig: im Agrarbereich die ÖBV und im allgemeinen Konsumenten- und Gesellschaftsbereich das *Gen-Ethische Netzwerk* mit *Harald Woshin*. Diese haben 1991 die Öffentlichkeitsarbeit aufbereitet für die parlamentarische Enquete zum Gentechnik Volksbegehren und in der Folge für das Gentechnikgesetz. Da wurden schon einige kritische Elemente aufgenommen. Die *Biochemie Kundl*, *Nikolaus Zacherl* vom *Institut für Molekulare Pathologie* und die Industrie haben da noch die Gewinne hervorgehoben.

Seifert: Das ist schon richtig, war aber im Detail hier nicht auszuführen. Ich habe dazu auch ein Buch veröffentlicht „Gentechnik - Öffentlichkeit – Demokratie. Der österreichische Gentechnikkonflikt im internationalen Kontext“ Da sind u.a. diese Dinge alle aufgearbeitet. Das ist mir schon klar. Tatsache bleibt aber, dass der Durchbruch, die große öffentliche Debatte Mitte der 1990er Jahre einsetzte. Die Debatte gab es im Hintergrund sicherlich schon vorher, aber ohne die *Neue Kronenzeitung* hätte die zuvor vorhandene latente Kritik an der landwirtschaftlichen Gentechnik niemals das politische Moment erlangt, das sie heute hat. Möglicherweise hätte es nicht einmal die Freisetzungsverbote gegeben.

Hoppichler: Dem stimme ich absolut zu. 1995 kam dann die *Cecropin-Kartoffel* in Seibersdorf. Dazu gab es drei Anträge. Im Hauptsaal des Umweltministeriums fanden dann plötzlich die ersten Pressekonferenzen der Biobauern statt, wo die gesamten Akteure u.a. *Ludwig Maurer* aufgetreten sind. Bei *Global 2000* waren damals sehr begabte Leute. *Global 2000* war damals noch nicht international vernetzt und in einer Konkurrenzsituation mit *Greenpeace* und hat dieses Thema besetzt. *Birgit Weinzinger* und *Ulli Sima* waren dabei wichtige Exponentinnen. *Greenpeace* war eigentlich nicht darauf vorbereitet, dass dort etwas losbricht und mußte sich sofort einklinken. Die ÖBV unter *Elisabeth Baumhöfer* war immer federführend dabei, und war auch Initiator des Volksbegehrens. Man muß dabei die Größenordnung der ÖBV im Verhältnis zur *Confédération Paysanne* kennen. Die ÖBV war nie so sehr Österreich fixiert, sie hatte schon immer europäische Agrarpolitik betrieben. Sie war auch eine der Initiatoren der CPE, der Bauernopposition in der EU. Als Miniorganisation war sie dort zwar initiativ, die große Organisation wurde dort aber immer von den Franzosen getragen. Die konnten damals schon an die 20 % der französischen Bauern organisieren. Warum waren Mitte der 1990er gerade die Bauern so begeistert in ihrer Ablehnung der Gentechnik? Dies hängt unmittelbar mit der österreichischen Werbung für die ökosoziale Agrarpolitik zusammen. Dem industrienahen Flügel des Bauernbundes ist es daher nicht gelungen, ihre Leute auf Vordermann zu bringen. Die Masse der Bauern - selbstverständlich auch die Biobauern - hat das Gentechnik Volksbegehren bereitwillig unterstützt, einfach aus Innerlichkeit so wie sie die ökosoziale Agrarpolitik des Bauernbundes mitgetragen haben. Am Lande draußen war es gar nicht mehr möglich gegen das Gentechnik Volksbegehren in größerem Ausmaß Stellung zu beziehen. Die Industrie versuchte noch über Ärzte usw. in den Dörfern Einfluß zu nehmen, was aber kaum gelang. Das ist so zu sagen ein Unfall der ökosozialen Agrarpolitik. Die wissenschaftlichen Begründungen sind immer davon abhängig, je nach dem, was man von den wissenschaftlichen Gremien in der EU hält. Österreich ist immer ein großer Kritiker EFSA (*European Food Safety Association*) und des *Scientific Committee on Plants*. Unsere Einsprüche waren wissenschaftlich schon belegbar, z.B. die Anerkennung der Antibiotika Resistenz. Die Grundlagenwissenschaft dafür wurde teilweise in England durchgeführt. Dass die Promotor Antibiotika Resistenzen global in Diskussion geraten sind, geht z.B. auf die österreichischen Einsprüche zurück. Die Österreicher waren zumindest die ersten, die das in die Europäische Union hineingetragen haben. Ob die Importverbote berechtigt waren, ist eine juristische Frage. *Bové* hat relativ

spät angefangen. Die Franzosen sind ähnlich wie *Greenpeace* relativ spät eingestiegen. Jetzt kamen wir in Österreich in eine schwierige Situation. Die hielten uns für etwas Größenwahnsinnig und trauten uns kleinen Österreichern nicht zu, die Dinge umzugestalten. Wir hatten aber nie diesen Anspruch. Das erste Mal große internationale Luft bekamen wir 1998 mit den Kartoffelversuchen von *Arpad Pusztai*. Ab 2000 kam mit der neuen schwarzblauen Regierung auch noch die Politik hinein. Die FPÖ spielt da keine unwesentliche Rolle, indem sie das Gentechnik Volksbegehren sehr stark mitgetragen hat. In Oberösterreich waren es eher die Grünen, die hier verantwortlich zeichnen.

Kolland: Das Konzept der NIABYs und der NIMBYs erscheint mir als etwas zu wenig theoretisch abgesichert. Wäre es nicht günstiger, diese mit unterschiedlichen Produktionsstrukturen zu verknüpfen? Mir erscheint der Ansatz als zu deskriptiv. Weiters hörte ich aus dem Referat implizit heraus, dass es diese beiden Wege gibt, Österreich und Frankreich und dass dabei der französische Weg besser sei. Empirisch, so wie er dargestellt wird, ist der österreichische Weg aber erfolgreicher.

Seifert: Das ist ein Mißverständnis. Das wollte ich auch nicht sagen. Aus NIMBY Perspektive ist der österreichische Weg tatsächlich erfolgreicher, da es Österreich ja gelingt, seinen Hinterhof frei von GVO Freisetzungen zu halten. Wenn das das Kriterium ist, dann ist dieser Weg erfolgreicher. Aber wenn es z.B. darum geht, dass man einen öffentlichen Diskurs und damit auch das Denken und die Kommunikation einer breiten Öffentlichkeiten zu verändern, dann ist sicherlich der französische Weg ergiebiger. Welcher Weg besser ist, will ich nicht beurteilen.

Der zweite Beitrag der Arbeitssitzung von **Jens Kastner** stand unter dem Titel *Die Ambivalenz der Autonomie*. Dieses Thema hat ebenfalls in vielerlei Hinsicht mit bäuerlichem Widerstand zu tun. Am Beispiel *Chiapas* (Mexiko) müßte man von einer NIABY Perspektive als Reaktionsweise auf bestimmte politische Entwicklungen sprechen. In *Chiapas* hat man ähnlich wie in Frankreich einen anti-neoliberalen Politikimpuls, der für die zapatistische Bewegung sehr wichtig ist. Es gibt also einige Anknüpfungspunkte zum Vortrag von Kollegen *Seifert*. Das theoretische Problem, wie man Autonomie faßt, hat sich in Mexiko aus den Kämpfen ergeben, vor dem Hintergrund einer ausgeblieben bzw. nicht vollständig erfolgten Landreform, die seit der mexikanischen Revolution von 1910 bis 1920 versprochen wurde. Im sehr indigen geprägten Süden des Landes ist diese Landreform nie angekommen. Vor dem Hintergrund der nie angekommenen und dann noch im Zuge der NAFTA (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen) Verhandlungen noch weiter eingeschränkten Möglichkeiten einer Landreform kam es 1994 zum zapatistischen Aufstand.

Die Ambivalenz der Autonomie

Der Begriff der Autonomie im Kontext indigen geprägter Lebens- und Politikvorstellungen stößt momentan und in den letzten Jahren auf viel positive Resonanz. In Mexiko, Brasilien, vor allem aber in Bolivien, Ecuador und Peru melden sich bislang „marginalisierte Gruppen“ zu Wort und besetzen politische Diskurse und mehr und mehr auch Ämter. Was macht den Begriff der Autonomie so attraktiv, obgleich er innerhalb der Linken eine höchst wechselvolle Geschichte hat? Und was ist überhaupt gemeint, wenn von Autonomie die Rede ist? Wenn man einmal von der psychosozialen Kategorie der Autonomie als individuelle Handlungsfähigkeit absieht, aus der allerdings einige Konzepte kollektiver Autonomie entwickelt worden sind, lassen sich grob drei grundsätzliche Formen solcher kollektiver Autonomievorstellungen unterscheiden. Alle drei beziehen sich aus historischen und theoretischen Gründen auf den sie umgebenden soziopolitischen Rahmen, den Nationalstaat. So ließe sich erstens von der Idee einer *Autonomie als Nation* sprechen, wie sie in Regionen wie Katalonien, dem Baskenland oder mit Einschränkungen auch in Santa Cruz/Bolivien verfolgt wird. Zweitens existieren verschiedene theoretische wie praktische Versionen der *Autonomie in der Nation*, wie sie verschiedenen indigenen Bevölkerungsgruppen in Lateinamerika gewährt wird oder als politisches Kampfziel vertreten wird. Und drittens gibt es diverse, vor allem linksradikale Konzepte der *Autonomie von der Nation*, die vor allem im Italien der 1970er Jahren um die *Autnomia Operaia* (Arbeiterautonomie) entwickelt worden sind und

andere Ausformungen in der Bewegung der Autonomen im deutschsprachigen Raum hatte (vgl. hierzu Kastner, Jens 2007: „... sich durch Fragenstellen nicht selbst hypnotisieren“. Instituierung lokalisieren, Autonomie entwerfen, in: transform. multilingual webjournal, Wien, 05/2007, <http://transform.eipcp.net/transversal/0707/kastner/de>).

Autonomie zielt, um eine alle drei Formen umfassende Definition zu wagen, auf die kollektive Selbstbestimmung über einen bestimmten Raum – wobei sowohl territoriale als auch Sinn- und Bedeutungsräume damit gemeint sein können, wie sie die politische Geographie und die *cultural politics studies* in den letzten Jahren konzipiert haben.

In der Wirklichkeit haben die drei genannten Kategorien jedoch oft wenig gemeinsam: Nicht nur, daß weder die Autonomie der Nationen innerhalb des Spanischen Staates (z.B. Baskenland, Katalonien) noch die Autonomie der Autonomen mit indigener Selbstverwaltung allzu viel zu tun haben. Darüber hinaus gibt es auch theoretisch nur hin und wieder Überschneidungen zwischen den jeweiligen Konzepten. Mehr als die *Autonomie von der Nation* sind *Autonomie in und als Nation* auch keinesfalls automatisch links oder emanzipatorisch konnotiert. Zum einen greifen auch rechte, wohlstandschauvinistische Bewegungen die Autonomieforderungen auf (z.B. Santa Cruz/Bolivien), zum anderen stand auch die Linke der Autonomie und da v.a. der indigenen Autonomie kritisch gegenüber. So war es niemand anders als *Friedrich Engels*, der die Indigenen einst als rückschrittliche und konterrevolutionäre „Völkerabfälle“ bezeichnet hatte, die im Zuge des geschichtlichen Fortschritts sowieso verschwinden würden (vgl. *Hierlmeiner, Josef Moe* 2002: *Internationalismus. Ein Einführung in die Ideengeschichte des Internationalismus – von Vietnam bis Genua*, Stuttgart, Schmetterling Verlag). Die marxistische Linke hielt sich lange an dieses Diktum. Begriff, Verständnis und Wirklichkeit von Autonomie sind also vor allem eins: umstritten.

Daß es bei diesem Streit nicht bloß um akademische Formgefechte geht, soll es in der folgenden Auseinandersetzung mit drei Autonomie-Konzeptionen der *Autonomie in der Nation*, d.h. der indigen geprägten Autonomie gehen. Ich werde drei Ansätze vorstellen, die in Auseinandersetzung mit den indigenen Kämpfen in Mexiko und ganz Lateinamerika die Autonomie als emanzipatorisches Konzept darstellen. Auf entwicklungspolitische Fragestellungen unterschiedlich stark Bezug nehmend, sind sich die Autoren darin einig, daß Autonomie nicht nur den indigenen Gemeinden selbst Perspektiven biete. Das Emanzipatorische innerhalb dieser Autonomiekonzeption sehen alle drei darin, daß Autonomie letztlich als Garant für gesamtgesellschaftliche Demokratisierung angesehen wird. Um als solche wirklich zu fungieren, müssen aber, so wird meine Auseinandersetzung hoffentlich zeigen, bereits in der Beschreibung und der Konzeption bestimmte Fallstricke mindestens berücksichtigt, wenn nicht umgangen werden. Alle drei nehmen den *Zapatismus* als Beispiel. Dieses ist einerseits außergewöhnlich, weil es in keinem Land Lateinamerikas politisch ähnliche Bewegungen gibt. Auf der anderen Seite ist es doch wieder ein Durchschnittsthema, weil der Anteil der Indigenen in Mexiko mit 10-15% der Bevölkerung im lateinamerikanischen Mittel liegt. In Argentinien und Brasilien liegt dieser Anteil bei nur 1-2%, in Guatemala und Bolivien am höchsten mit 60% resp. 70%. Insofern Mexiko ist also ein gutes Beispiel, wodurch alle Autoren immer wieder versuchen ihre Forschung, die sie in Mexiko betrieben haben, zu verallgemeinern.

Autonomie als Schlüssel der Zukunft – Hector Díaz-Polanco

Angesichts des Mißverhältnisses zwischen den pluriethnischen Gesellschaften und ihrer politischen Formierung in den monoethnischen Begriffen des Nationalstaates, hat die Frage der Autonomie für *Héctor Díaz-Polanco* das Zeug, zur Schlüsselfrage der Zukunft des multiethnischen Staates zu werden (*Díaz-Polanco, Héctor* 1997: *La Rebelión Zapatista y La Autonomía*, México D. F. Siglo Veintiuno Editores). Der mexikanische Anthropologe und Soziologe, der bereits vor dem Aufstand der *Zapatistas* zur indigenen Autonomie (unter anderem in Nicaragua) geforscht hatte, beklagt, daß die Indigenen bloß als „Problem“ behandelt würden, um das sich lediglich ein paar Anthropologen und einige wenige Abordnungen der Regierung kümmerten, anstatt sie zu einer „Frage nationaler Wichtigkeit“ zu machen. *Díaz-Polanco*

beschreibt die Kämpfe und Verhandlungen zwischen der zapatistischen Guerilla EZLN (*Ejército Zapatista de Liberación Nacional*) und der mexikanischen Regierung in den 1990er Jahren. Er betont dabei, daß die Autonomie weder als spontane Forderung aufgetaucht, noch eine Erfindung der EZLN gewesen sei. Viele unterschiedliche Organisationen hätten auch Jahre vor 1994 Autonomie als Forderung und Praxis diskutiert. Nach einer Phase der Unterdrückung indigener Forderungen, die er von 1989 bis 1993 ansetzt und der indigenen Offensive in Form des zapatistischen Aufstandes sei mit dem Abkommen von *San Andrés* (1996), eine dritte Phase der Autonomie eingetreten, die deren gesetzliche Verankerung zum Ziel habe. Im Abkommen von *San Andrés*, geschlossen im Februar 1996 zwischen mexikanischer Regierung und EZLN, wurden Gesetzes- und Verfassungsänderungen festgelegt, die die indigenen Gemeinden als kollektive Rechtssubjekte festlegen und ihnen damit nicht nur kulturelle Selbstverwaltung, sondern auch Entscheidungsbefugnis über Territorium und Ressourcen zusichern. Das Abkommen wurde weder von der PRI (*Partido Revolucionario Institucional*, Regierungspartei zwischen 1929 und 2000) - noch von der heutigen PAN (*Partido Acción Nacional*, rechtskonservative Regierungspartei seit 2000) -Regierung umgesetzt und dient deshalb immer wieder als Bezugspunkt der zapatistischen Kämpfe. Ausdrücklich weist *Kerkeling* (2006: 192ff.) darauf hin, daß die Forderung nach indigenen Rechten und Kultur nur eine von vier, auf ganz Mexiko bezogenen war, die aber von der Regierung herausgegriffen und als einzige verhandelt wurde, um den Aufstand als regionales und indigenes Phänomen etikettieren und behandeln zu können. Die EZLN hält bis heute an der Forderung fest, auch die anderen drei Bereiche – „Demokratie und Gerechtigkeit“, „Wohlstand und Entwicklung“ und „Rechte der Frauen“ – zu verhandeln (vgl. *Kerkeling, Luz 2006: La Lucha Sigue! Der Kampf geht weiter*. EZLN – Ursachen und Entwicklungen des zapatistischen Aufstands, Münster, Unrast Verlag, 2. erweiterte & überarbeitete Auflage). In dieser Phase, das konnte der Autor damals noch nicht wissen, gibt es in Folge der Untätigkeit der mexikanischen Regierungen (sowohl der PRI als auch der PAN) seit 2003 den einseitigen Versuch der *Zapatistas*, die Vertragsinhalte umzusetzen. Denn die mexikanischen Regierungen hatten das Abkommen von *San Andrés* ignoriert. Seitdem haben die *Zapatistas* in den von ihnen kontrollierten Landkreisen regierungsunabhängige Bildungs- und Gesundheitssysteme ausgebaut.

Die Autonomie im mexikanischen Süden erscheint in ihrer Beschreibung bei *Díaz-Polanco* implizit wie explizit als diskursive wie praktisch-politische Widerlegung des rassistischen Vorurteils, die Indigenen könnten sich nicht als soziale und politische Subjekte formieren. Das eigentliche Verdienst der EZLN habe darin bestanden, die Forderungen nach Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit mit der Frage der indigenen Autonomie zu verknüpfen. Indem die *Zapatistas* ihre Autonomie-Forderung eindeutig auf die ökonomische und kulturelle Selbstverwaltung von Regionen und Landkreisen – und nicht nur auf die der Gemeinden – bezogen hatten, hätten sie ihr Anliegen als ein ethnisch-nationales formuliert. Die Regierung hingegen hätte, wenn überhaupt, nur mit lokalen Lösungsvorschlägen reagiert. Das kann man bereits an den Verträgen von *San Andrés* festmachen, wo die Regierung wirklich nur über indigene Autonomie verhandeln wollte. Die beiden anderen Forderungen, die im Diskurs über den Zapatismus immer wieder vergessen worden sind, „Gerechtigkeit und Entwicklung“ sowie „Demokratie und Rechte der Frauen“, die gesamtgesellschaftliche Projekte sind, standen überhaupt nicht zur Debatte. Damit hatte im Grunde die Regierung vorgegeben, daß wir hier nur ein kleines Regionalproblem und kein gesamtgesellschaftliches Problem zu behandeln haben. An den Gesetzesvorlagen der 1990er Jahre kritisiert *Díaz-Polanco*, was auch für das 2001 unter großer öffentlicher Aufmerksamkeit verabschiedete Gesetz für indigene Rechte und Kultur noch gilt: Sie gestatten indigene Folklore, lassen aber die Frage der ungerechten Landverteilung vollkommen außen vor.

Autonomie der Ethnien – Gilberto López y Rivas

Auch *Gilberto López y Rivas* schreibt über Zapatismus und Autonomie und betont deren gesamt-mexikanische Bedeutung (*López y Rivas, Gilberto 2004: Autonomías. Democracia o Contrainsurgencia*, México D. F. Biblioteca Era). Sein Buch ist im Kontext des durch die Europäische Union finanzierten

Forschungsprojektes „*Multikulturelle Autonomie: Unverzichtbare Bedingung für eine nachhaltige Entwicklung*“ 2004 erschienen. Der ehemalige Abgeordnete der sozialdemokratischen Partei der Demokratischen Revolution (PRD - *Partido de la Revolución Democrática*) in Mexiko bemüht sich darin vor allem, die Vereinbarkeit von Nationalstaat und Autonomie zu begründen. Er richtet sich damit einerseits gegen die rechten GegnerInnen der autonomen Strukturen, die in jeder Selbstverwaltung indigener Gemeinden oder Landkreise schon die Zersplitterung des Nationalstaates und die „Balkanisierung des Vaterlandes“ wittern. Andererseits sollten die Linke und die sozialen Bewegungen „von unten“ eine partizipative Demokratie erkämpfen, um „*das Nationale zu rekonstituieren*“ und zugleich auf staatlicher Ebene die politischen und kulturellen Rechte der „Völker“ zu etablieren. Die Rekonstitution bzw. Rekonfiguration des Nationalen ist als Stärkung nationalstaatlicher Institutionen gedacht, die durch den Neoliberalismus in die Krise geraten seien.

Diese Idee beruht auf einer äußerst problematischen theoretischen Zweiteilung in einen staatlichen und einen populären Nationalismus: Beide gründen, so *López y Rivas*, in demselben klassisch-europäischen Nationen-Gedanken. Der erste sei getragen von der Bourgeoisie als hegemonialer Kraft, die auf einem bestimmten Territorium durch die Festlegung rechtlicher, sprachlicher und kultureller Codes die Arbeitskraft ausbeute. Der „*nacionalismo popular*“ hingegen sei gleichzeitig entstanden und werde durch die Ausgebeuteten, Besitzlosen, Arbeiter, Bauern und verschiedene andere, gesellschaftlich untergeordnete Sektoren repräsentiert. Die Stärkung dieser Kräfte, in deren Kontext er ausdrücklich die Ausbildung ethnischer Identitäten stellt, sei auch und vor allem im Kampf gegen die neoliberale Globalisierung entscheidend.

Ausgehend von der Autonomie indigener Gebiete in Nicaragua (1987) und den Mobilisierungen zum 500. Jahrestag der Kolonisierung (1992) habe die Frage der Autonomie in den 1990er Jahren die Politiken der Indigenen bestimmt und beflügelt. Nach *López y Rivas* ist das Konzept der Autonomie die Antithese zum „*Indigenismo*“. Der Indigenismus ist ein bis heute recht wirksames Konglomerat literarischer und politischer Ideen, die zwar die kulturellen Errungenschaften der indigenen Vergangenheit loben, in der Gegenwart aber die Unterordnung indigener Lebensformen unter den Primat der nationalstaatlichen „Modernisierung“ fordern. Autonomie beruhe auf dem Recht zur Selbstbestimmung und beinhalte kommunale und regionale Selbstverwaltung im Rahmen des Nationalstaates. „*Die Autonomie ist (...) eine Umverteilung der Kompetenzen auf den verschiedenen Organisationsebenen der Regierung und hinsichtlich der vielfältigen politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Befugnisse*“ (Alle im Original spanischen Zitate wurden vom Autor übersetzt).

Vor dem mexikanischen Hintergrund der zwischen fünfzig und sechzig offiziell kategorisierten, vornehmlich nach sprachlichen Kriterien differenzierten ethnischen Gruppen spricht *López y Rivas* von der „*Autonomie der Ethnien*“. An deren Lebensverhältnissen habe sich letztlich auch die Entwicklung einer pluriethnischen Gesellschaft zu orientieren. Durch ihren Umgang mit der Natur, die sie als Lebensraum statt als Ressource begriffen, würden die Indigenen sogar zu Avantgarden zukünftiger Entwicklungsprojekte.

Autonomie als System – Leo Gabriel/LATAUTONOMY

Die Ergebnisse der EU-finanzierten Forschung, an der auch *López y Rivas* beteiligt war, stellt nun der Band vor, den der österreichische Sozialforscher *Leo Gabriel* gemeinsam mit dem *LATAUTONOMY-Projekt* herausgibt. Das Forschungsprojekt präsentiert Autonomie vor allem als ein selbstbestimmtes Gegenmodell gegen die neokolonialen und neoliberalen Entwicklungsmodelle. Es bezieht sich dabei nicht nur auf den *Zapatismus*, sondern versammelt die Befragungen Indigener in *Rio Negro* (Brasilien), der *Chapare* (Bolivien), von *Kichwa-Gemeinden* in Ecuador, im Landkreis *Kuna Yala* (Panama), an der Atlantikküste Nicaraguas sowie im südlichen mexikanischen Bundesstaat *Oaxaca*. Ausgewertet werden die Ergebnisse in zehn Hypothesen für eine neue Form der multikulturellen Demokratie.

Stärker als die zuvor erwähnten Ansätze fokussiert das *LATAUTONOMY-Projekt* den entwicklungspolitischen Zusammenhang und stellt Kriterien für „Nachhaltigkeit“ auf. Der soziale Prozeß der Autonomie müsse sich beispielsweise durch „*ein Gleichgewicht zwischen der politisch-juridischen, der kulturell-interkulturellen und der ökonomisch-ökologischen Dimension*“ (Gabriel, Leo 2005a: Die Einheit der Vielfalt. Hypothesen für eine neue Demokratie, in: ders. und Latautonomy (Hg.) 2005: Politik der Eigenständigkeit. Lateinamerikanische Vorschläge für eine neue Demokratie, Wien, Mandelbaum Verlag, S. 228-293.) auszeichnen, um nachhaltig zu sein (*Gleichgewichts-Hypothese*). Auch Leo Gabriel stellt die Demokratisierungsrelevanz der Autonomie in den Vordergrund. In der *Netzwerk-Hypothese* heißt es, ein autonomes System müsse sich auf „*ein alternatives Gesellschaftsprojekt*“ beziehen, „*in dem die Ebene der lokalen Gemeinden mit der der Region auf eine möglichst homogene, interaktive Weise miteinander verbunden ist*“. Dies könne demokratisierend nach Innen wie Außen wirken und einen „*Integrationsprozeß von unten*“ in Gang setzen.

Zugleich setzt die vierte These aber auch eindeutig auf Identitätspolitik: „*Je größer der Grad an kultureller Identität, desto stärker ist die politische Durchschlagkraft eines autonomen Systems (Prozesses, Subjekts)*“. Besonderer Bedeutung komme deshalb der „*religiös-spirituellen Repräsentation*“ sowie der (inter-)kulturellen Bildung und Erziehung bei der Konsolidierung des autonomen Subjekts zu. Auch die Eigentumsfrage wird zumindest gestreift, wenn behauptet wird, je größer die Kontrolle des „*autonomen Systems*“ über ein bestimmtes Territorium, desto geringer sei die Gefahr „*der massiven Zerstörung natürlicher Ressourcen und desto stärker die Nachhaltigkeit des Systems*.“ Zwar sei die multikulturelle Autonomie an sich noch keine Garantie für eine nachhaltige Perspektive, aber sie sei immerhin eine Perspektive – ganz im Gegensatz zu den Angriffen auf autonome Strukturen durch Staat und neoliberalen Wirtschaftssystem (*Instabilitäts-Hypothese*).

Neoliberal und autonom

Alle drei Autoren beschreiben Autonomie nicht nur, sondern liefern auch theoretische Ansätze, sie zu begreifen. Aus diesen leiten sich dann die politischen Einschätzungen ab. Dabei betonen alle die Relevanz der von ihnen beschriebenen Autonomie(n) für gesamtgesellschaftliche Demokratisierung. Diese Betonung kann einerseits aus emanzipatorischer Sicht nicht hoch genug bewertet werden. Sie greift in eine Debatte ein, in der zunehmend Kriterien für Demokratisierung festgelegt werden. So stellt beispielsweise die Bertelsmann-Stiftung mittels des „*Bertelsmann Transformation Index (BTI)*“ einen Maßstab zur Verfügung, der „*politischen Akteuren und der internationalen Öffentlichkeit Orientierung über den Entwicklungsstand und die Qualität des Managements*“ bietet (vgl. Bertelsmann-Stiftung: Bertelsmann Transformation Index, <http://www.bertelsmann-transformation-index.de>, 02.04.2006). Er bewertet 119 Staaten und richtet sich dabei nach seiner „*Zielvorstellung einer konsolidierten marktwirtschaftlichen Demokratie*“. Zu den Bertelsmann-Prinzipien gehört nicht nur, Demokratie direkt mit Marktwirtschaft zu verknüpfen, sondern sie ganz in neoliberaler Diktion „*autoritären Regimen und staatsdominierten Wirtschaftsordnungen*“ entgegenzusetzen. Implizit werden hier rechte Militärdiktaturen und linke Regierungen, die auf Verstaatlichung setzen, gleichgesetzt.

Dennoch läßt sich genau an diese Formulierung mit dem Autonomie-Konzept andocken, das sich ebenfalls in Abgrenzung zu staatlicher Bevormundung und im Kampf gegen autoritäre Herrschaft entwickelt hat. Autonomie per se ist auch deshalb noch kein Garant für Demokratisierung, weil sie der neoliberalen Umgestaltung der Gesellschaft nicht unbedingt widerspricht. Konzepte wie „*self-empowerment*“, „*self-management*“, Subsidiarität, „*self-help*“, „*active citizenship*“, in denen Aspekte von Autonomie aufgenommen wurden, begleiten die Aufkündigung ehemaliger Solidarbeziehungen, die sich als soziale Errungenschaften zum Teil im Nationalstaat manifestieren konnten und im Zuge neoliberaler Umstrukturierungen zurückgenommen werden. Dem neoliberalen Staat kommt Autonomie so gesehen in verschiedener Hinsicht sogar gelegen.

Autonomie ist deshalb als ambivalenter und umkämpfter Begriff zu bestimmen. Diesen Ambivalenzen muß auch theoretisch Rechnung getragen werden, soll Autonomie ein „nachhaltiges“, also emanzipatorische Errungenschaften zukünftig sicherndes Konzept werden. Um im emanzipatorischen Sinne erfolgreich zu sein, also zunächst „neoliberale Entwicklung“ abzuwehren, erscheint es so gesehen gerade nicht sinnvoll, die Autonomie selbst ethnisch zu bestimmen. Genau dies klingt aber in der Formulierung „Autonomie der Ethnien“ (López y Rivas) oder auch in der systemtheoretischen Herangehensweise von Gabriel an. „Genauso wie eine biologische Zelle in dem Maß ein nachhaltiges System darstellt, in dem sie fähig ist, sich unter bestimmten Bedingungen zu regenerieren“, schreibt Gabriel, hätten auch die Autonomie-Subjekte bestimmte Strukturmerkmale, von denen ihre Nachhaltigkeit abhinge (Gabriel, Leo 2005b: Vorwort, in: ders. und Latautonomy (Hg.) 2005: Politik der Eigenständigkeit. Lateinamerikanische Vorschläge für eine neue Demokratie, Wien, Mandelbaum Verlag, S. 7-38). Gegen diese systemtheoretische Herangehensweise ist darauf zu bestehen, daß politische Subjekte sich eben nicht biologischen Prozessen gleich formieren, sondern in gesellschaftlichen Kämpfen, die wiederum von verschiedenen (ethnischen, geschlechtlichen, klassenbezogenen) Dispositionen bestimmt werden.

Zudem läßt sich mit López y Rivas' ethnischem Zugang oder der starken Betonung der Identitätspolitik bei Gabriel nur schwer unterscheiden zwischen emanzipatorischen und wohlstandschauvinistischen Autonomie-Projekten, wie es sie auf dem Balkan gegeben hat oder wie es auch in Santa Cruz (Bolivien) existiert. Für die Abspaltungsbemühungen reicher Regionen vom „armen Rest“ wurden nicht selten ebenfalls ethnische Argumentationsmuster benutzt. In seiner „Interkulturalitätsthese“ versucht Gabriel immerhin, diese Unterscheidung zu treffen, indem er betont: „Je höher der Grad an Multi- oder Interkulturalität, desto größer sind die Chancen des autonomen Subjekts, sich als pluriethnische Kraft zu konsolidieren und die politische Autonomie auf dem Weg von Verhandlungen mit dem Staat auch rechtlich zu verankern.“

Ebenso wie in López y Rivas' Zweiteilung der „Nation“, die er ausdrücklich nicht auf Lateinamerika beschränkt, wo sie nicht einer gewissen Plausibilität entbehrt, kommt in der Rede von „indigenen Völkern vs. fremde Mächte“ ein problematisches dichotomes Weltbild zum Ausdruck. Problematisch deshalb, weil es heutigen sozialen Realitäten kaum mehr gerecht wird: Zum einen existieren viele der aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas keineswegs seit Jahrhunderten, sondern haben sich erst in Folge von Vertreibungen in den 1970er oder 1980er Jahren formiert. Auch wenn rassistische Mechanismen den gesellschaftlichen Aufstieg von Indigenen immer noch gründlich verhindern, sind doch diverse Dynamiken der kulturellen Hybridisierung nicht von der Hand zu weisen. Zum anderen ist die unterstellte Verknüpfung von soziokultureller Position und politischer Einstellung keineswegs ein Automatismus: Indigen-Sein ist weder Garant für eine bestimmte emanzipatorische politische Haltung – auch die anti-zapatistische Paramilitärs rekrutieren sich aus indigenen Gemeinden –, noch ist es die Klassenzugehörigkeit, wie die massive Unterstützung des Neoliberalismus durch ehemals linke Arbeitermilieus seit den 1980er Jahren gezeigt hat. Erstaunlich ist auch die unkritische Verwendung der Kategorie „Volk“ in dem LATAUTONOMY-Buch, in dem nicht nur durchweg von „indigenen Völkern“, sondern auch in Überschriften von „Indiovölkern“ die Rede ist. Damit wird ein eindeutig kolonialistischer, diskriminierender Begriff verwendet. Man muß jedenfalls unterscheiden zwischen indigenen Bevölkerungsgruppen und indigenen sozialen Bewegungen.

Trotz der konkreten, auf indigene Gemeinschaften bezogenen Forderungen hat sich darüber hinaus gerade für die zapatistische Bewegung die transnationale Mobilisierung immer wieder als zentral erwiesen (vgl. Kastner, Jens 2004: Zapatismus und Transnationalisierung. Anmerkungen zur Relevanz zapatistischer Politik für die Bewegungsforschung, in: Kaltmeier, Olaf, Jens Kastner und Elisabeth Tuidier (Hg.): Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika, Münster Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 251-275). Nicht nur ideell war das Aufgreifen universalistischer, über die eigenen Interessen hinausgehende Anliegen, wie Díaz-Polanco betont, von besonderer Bedeutung.

Ebenso konstitutiv für die zapatistische Autonomie-Bewegung waren von Beginn an die konkreten transnationalen Initiativen wie die Interkontinentalen Treffen oder die verschiedenen Karawanen. Eine detaillierte Geschichte des zapatistischen Aufstands inklusive seiner einzelnen Aktionsformen liefert *Luz Kerkeling* (2005: Luz: La Lucha Sigue! Der Kampf geht weiter! EZLN – Ursachen und Entwicklungen des zapatistischen Aufstands, Münster, Unrast Verlag, 2. Aufl.). Ich würde die globalisierungskritische Bewegung nicht mit Seattle 1989 ansetzen sondern mit dem ersten intergalaktischen Treffen, welches die *Zapatistas* 1996 im lakadonischen Urwald veranstaltet haben. Ein weiteres Treffen folgte 1997 in Spanien, wo man durchaus davon sprechen kann, daß eine globale anti-neoliberal orientierte basisbewegte Mobilisierung auf den Weg gebracht wurde. In den Büchern über die globalisierungskritische Bewegung aus historischer Perspektive werden die *Zapatistas* oft vergessen. Sowohl die transnationalen Initiativen als auch die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Aktionen innerhalb Mexikos, von denen es viele gab, waren für das Autonomieprojekt sehr wichtig. Auch die Mobilisierungen gegen das neoliberale Infrastrukturprojekt „*Plan Puebla Panama*“ basierte auf einer Vielzahl sozialer Akteure, in denen die „*autonomen Subjekte*“ in Form indigener Gemeinden nur eine Organisationsform unter vielen darstellten.

Aber gerade die methodische Orientierung an der Systemtheorie („System = autonomes Subjekt“) verunmöglicht es, dieser transnationalen Dimension einen eindeutigen Stellenwert einzuräumen. Denn sie subsumiert sie unter der Kategorie der „Umwelt“ des „*sozialen Systems Autonomie*“ und nicht als diesem zugehörig. Allerdings zählen zu den Einflüssen von Außen ja nicht nur die neoliberalen Angriffe auf gemeinschaftliche Entscheidungsstrukturen, sondern auch die Adaption neuer Kampfformen, die Nutzung neuer Medien etc. Und nicht zu vergessen sind die Angriffe auf die traditionellen Geschlechterverhältnisse, wie sie im zapatistischen revolutionären Frauengesetz von 1993 zum Ausdruck kommen, die zumindest unter anderem ebenfalls auf so genannte „Umwelteinflüsse“ zurückzuführen sind. Um diese kulturellen Veränderungen aber fassen zu können, bedarf es eines Kulturbegriffes, der mehr umfaßt als den „*kollektive(n) Wissensvorrat einer Gruppe oder einer Gesellschaft*“, wie ihn das *LATAUTONOMY-Projekt* bestimmt (vgl. *Ellersdorfer, Guenther und Birgit Zehetmayer* 2005: II. Teil. Das Universum der Nachhaltigkeit, in: in: ders. und *Latautonomy* (Hg.) 2005: Politik der Eigenständigkeit. Lateinamerikanische Vorschläge für eine neue Demokratie, Wien, Mandelbaum Verlag, S. 186-227). Die von den *Cultural Studies* in den letzten vier Jahrzehnten thematisierten individuellen Praktiken kommen darin nicht vor, sind aber letztlich entscheidend. Die Brüche mit Traditionen, die ebenso wie diese Traditionen selbst zu den aktuellen Kämpfen gehören, sind ohne die Aufmerksamkeit auf kulturelle Praktiken weder angemessen zu beschreiben geschweige denn zu erklären.

Transnational statt urwüchsig

Auch wenn bestimmte indigene Lebensweisen in ökologischer Hinsicht vielleicht beispielhaft sind, das Lob des „*eng auf die Natur bezogene(n) Lebensrhythmus*“ (*Gabriel*) streift doch immer auch die kolonialistische Zuschreibung des „*edlen Wilden*“. Als Intervention in die entwicklungspolitische Debatte und Praxis sollte Autonomie also gerade nicht auf die Karte des Urwüchsigen, Naturverbundenen und seit Jahrhunderten Unveränderten setzen. Zu Recht verweist *Díaz-Polanco* auf die Zweigleisigkeit des zapatistischen Aufstands in der Autonomie-Frage, die einerseits zwar Kollektivrechte einklagt, andererseits aber auch an die Einhaltung der Errungenschaften der französischen Revolution (individuelle Bürgerrechte etc.) appelliert (vgl. *Vogel, Wolf-Dieter* 2003: „Kollektivrechte müssen her“. *Hector Díaz-Polanco* und *Consuelo Sánchez* arbeiten im Anthropologischen Institut CIESAS (Centro de Investigaciones y Estudios Superiores en Antropología Social) und geben die in Mexiko-Stadt erscheinende linke Zeitschrift *Memoria* heraus, Interview in *Jungle World*, Berlin, 24. Dezember 2003, <http://www.jungle-world.com/seiten/2003/52/2283.php> 01.04.2006). Dieser Appell ist nicht weniger als ein Teil des Kampfes um gesellschaftliche Inklusion („*Nunca más un México sin nosotr@s*“ – „*nie wieder ein Mexiko ohne uns*“ sagen die *Zapatistas*), aber auch nicht mehr.

Es kommt auch hinsichtlich der Demokratisierung nicht auf die Vereinbarkeit von Autonomie und Nationalstaat, sondern darauf an, mit welchen Absichten und Interessen Forderungen an und Angriffe auf letzteren gerichtet werden. Eine inhaltlich auf transnationale soziale Kämpfe ausgerichtete Autonomie, die zudem auf kollektive Eigentumsrechte besteht, erscheint nicht nur theoretisch wie politisch „nachhaltiger“ als eine auf ethnische Identität und Nationalstaat fixierte Konzeption. Durch ihren Bezug auf soziale (statt ethnische oder nationale) Kämpfe „von unten“ markiert sie auch demokratiethoretisch den Unterschied zur neoliberalen „Antistaatlichkeit“ der *Bertelsmann-Stiftung*.

Diskussion

K. Hofer: Ich finde es schwierig und etwas anstrengend dieser Autonomiedebatte zu folgen.

Behr: Ich erkenne sehr klare mögliche Verknüpfungspunkte zwischen den beiden Referaten. Es sollte gelingen eine Brücke zwischen dem bäuerlichen Widerstand und dem Autonomiebegriff zu schlagen. Seit den 1960er hat dieser Autonomiebegriff in Europa innerhalb der Linken wie die genannten Beispiele von *Autnomia Operaia* oder auch ländlicher Widerstandsbewegungen zeigen, eine sehr zentrale und wichtige Rolle gespielt. Nach dem Scheitern vom Realen Sozialismus und parteiorientierten marxistischen Ansätzen sieht man deutlich, daß emanzipatorische politische Versuche und Ansätze wie jener der *Zapatistas* darauf abzielen müssen, die Welt zu verändern ohne die Macht zu übernehmen. Die französische Bauern/Bäuerinnen Bewegung, die Landlosenbewegung, *Via Campesina* und eben auch die *Zapatistas* versuchen dies in die Praxis umzusetzen. Da ist dieser Autonomiebegriff, mit dem man sich theoretisch auseinander setzen muß unumgänglich, um den Neoliberalismus etwas entgegenzusetzen zu können. Die *Zapatistas* sagen auch: wir sind Indigene aber wir sind es gleichzeitig auch nicht. Wir haben eine Identität darüber hinaus. Wir sind Frauen aber gleichzeitig sind wir etwas darüber hinaus. D.h. wir benutzen die Identität als Kampfbegriff wollen aber diese totalitären Festschreibungen auch loswerden à la longue. Nur so kann eine emanzipatorische Praxis aussehen.

Kastner: Dem kann ich nur zustimmen.

Seifert: Ich habe das Gefühl gehabt von den Ausführungen, daß die entstehenden neoliberalen Regime eine gewisse Autonomie durchaus begünstigen bzw. wollen. Man sieht dies am Einsatz des Subsidiaritätsprinzips in der Europäischen Union. Dieses wird dort eingesetzt, wo man Arbeiten nach unten delegieren möchte. Autonomie und Neoliberalismus schließen also einander nicht aus, aber dabei geht, wenn die Ausführungen richtig verstanden habe, das emanzipatorische Element verloren. Meine theoretische Frage ist, warum schließen Neoliberalismus und Emanzipation einander aus?

Kastner: Das ist eine sehr wichtige Frage. Um das herunter zu brechen auf die Situation in *Chiapas*, dann läßt sich das beantworten, daß Neoliberalismus so wie er dort praktiziert wird, die Selbstbestimmung der Subjekte verhindert. Den Leuten, die dort leben wird durch das politische System, z.B. dem NAFTA Vertrag, völlig die grundlegende Entscheidung darüber entzogen, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Sie haben keine Möglichkeit mehr über ihr Land zu verfügen, das sie aber bearbeiten müssen, um zu überleben. Sie haben keine Möglichkeit die Produktionsmittel zu verwalten, geschweige denn sich anzueignen. Das sind alles Grundlagen für eine selbstbestimmte Entwicklung, die durch neoliberale Politiken brutal verhindert werden. Man könnte das noch weiter ausführen. Das sind aber die wichtigsten Punkte.

Oedl-Wieser: Führen Sie Mexiko und anderen Ländern auch praktische Feldforschung durch und involvieren Sie Forschungsarbeiten aus diesen Ländern?

Kastner: Ich war mehrmals in Mexiko und habe dort auch eine Forschungsarbeit zum Thema Ethnizität über die Universität Münster durchgeführt. Im Moment mache ich aber kein Projekt.

Oedl-Wieser: Stehen Sie im Austausch mit diesen Bewegungen oder sind Sie selber darin involviert?

Kastner: Seit Beginn des Aufstandes 1994 habe ich immer wieder dazu gearbeitet. Ich war mehrmals dort und habe an verschiedenen Aktionen, die die *Zapatistas* durchgeführt haben, teilgenommen, wie z.B. an der Karawane, die 2001 durch mehrere Bundesstaaten Mexikos gezogen ist, um für die Umsetzung der Verträge von *San Andres* zu werben. Das ist so zu sagen die eine populistische Öffentlichkeitsarbeit-Perspektive des zapatistischen Politikverständnisses. Es gibt noch eine andere, die Arbeit in den Gemeinden selber. Da war ich auch mehrere Wochen und habe sgn. Menschenrechtsbeobachtungen in den Gemeinden gemacht, d.h. mit den Menschen gelebt und mich mit ihnen ausgetauscht. Ich bin also schon ziemlich involviert.

Okonkwo-Klampfer: Da ist zum einen die Aussage, daß die *Zapatistas* indigen sein wollen und darüber hinaus. Ich kenne von den *Zapatistas* die starken Bemühungen um eine internationale Vernetzung. Es gibt vielfältige Kontakte mit dem Ausland. Wie schaut die Vernetzung innerhalb Mexikos aus in Hinblick auf indigene Rechte, Frauenrechte, Bürgerrechte etc.? Gibt es da eine Zusammenarbeit? Meine zweite Frage betrifft die Indikatoren des *Bertelsmann Index*.

Kastner: Es gibt sehr starke Bemühungen und auch immer wieder Teilerfolge in Richtung einer gesamtgesellschaftlichen Mobilisierung. Es gibt im südlichen Bundesstaat *Chiapas* einerseits diese mehr als 30 Landkreise, die unter zapatistischer Kontrolle sind und wo es eine Form von Selbstverwaltung gibt. Darüber hinaus gibt es immer wieder Versuche, gesamtgesellschaftlich zu mobilisieren. Das hat verschiedene Formen angenommen. Der Versuch, eine Organisation zu gründen (*Frente Zapatistas*), muss nach mehreren Jahren ihres Bestehens als gescheitert betrachtet werden. Der letzte große Versuch war die sgn. andere Kampagne, die anlässlich der Präsidentenwahl ins Leben gerufen wurde. Dazu gab es eine Tour zapatistischer *Comandantes*, die sich mit mehreren Basisbewegungen vernetzt habe. Dies waren z.T. bäuerliche, z.T. indigene Bewegungen, aber auch Sexarbeiterinnen und unterschiedliche Basisgruppen, mit den versucht wurde, sich über die Probleme die es in der Gesellschaft gibt, auszutauschen und zu mobilisieren. Das steht immer im Vordergrund. Die *Bertelsmann* ist ein *Think Tank* für neoliberale Politik. Die Kriterien für den Index werden auf ihrer Homepage genau aufgelistet.

Kolland: *Bertelsmann* ist ja nur eine Kopie vom *Human Freedom Index* von *Random House* in den USA. Dies ist ebenfalls ein Verlagshaus. Den Index hat die *Bertelsmannstiftung* nur übernommen. Meine Frage möchte aber eine Verknüpfung zum vorhergehenden Referat herstellen. Sie haben die Ernährungssouveränität anklingen lassen. Das ist ein neues Konzept für eine lokale Produktion und Konsumation. Wie läßt sich dieses mit dem Autonomiekonzept verknüpfen? Gibt es da eine Brücke und gibt es auch eine Kritik an der Ernährungssouveränität?

Okonkwo-Klampfer: Die Ernährungssouveränität schließt nicht den Handel von Lebensmitteln aus. Die Ernährungssouveränität besagt, daß jedes Land die Agrar- und Ernährungspolitik selbst bestimmen darf, soll und muß. Damit geht natürlich eine Stärkung und Betonung der lokalen und regionalen Produktion von kulturell gefaßten Lebensmitteln einher. Das heißt aber nicht, daß es keinen Austausch geben darf.

Kastner: Wenn das ein nationalstaatlich orientiertes Konzept ist, dann wird es Mexiko schon am Freihandelsvertrag scheitern. Von einer landwirtschaftlichen Souveränität kann im Grunde nicht mehr geredet werden seit den Verfassungsänderungen, die im Vorfeld des NAFTA-Vertrages beschlossen worden sind. Der Artikel 27 ist im Zuge der NAFTA Verhandlungen modifiziert worden. Dieser Artikel hatte vorher gemeinschaftlichen Landbesitz rechtlich abgesichert. Diese Absicherung wurde gestrichen, um den freien Zugang für Investoren zu ermöglichen, womit die Souveränität der Menschen vor Ort ausgehebelt wurde. Ich weiß nicht, wie das die mexikanische Regierung legitimieren würde, wenn sie auf dieses nationale Ziel bestünde, gleichzeitig aber darauf drängt, den NAFTA Vertrag abschließen zu können.

Behr: Ich finde diese Frage der Ernährungssouveränität und Autonomie sehr spannend. Beim G8 Gipfel in Heiligendamm in diesem Sommer hatten wir z.B. den Versuch gemacht, die Landwirtschaft breit als

Thema hineinzubekommen. Im traditionell parteiorientierten marxistischen Blickwinkel spielt die Landwirtschaft nämlich keine große Rolle, denn hier müßte man Leute von der Rückständigkeit des Landlebens befreien. Die *Zapatistas* liefern da eine sehr gelungene Antwort, welche man wiederum mit dem Konzept der Ernährungssouveränität verknüpfen kann. Beim „Aktionstag Globale Landwirtschaft“ haben wir damit beim G8 Gipfel in Heiligendamm sehr viele Diskussionen provoziert. Es wird leider immer wieder nur von einem linearen Entwicklungskonzept ausgegangen, das dem klassischen industriellen Fortschrittsmodell folgt. Das Konzept der Ernährungssouveränität muß aber erst entwickelt werden. Das ist noch lange nicht am Ende. Es gibt noch keine eindeutige Definition, noch keine praktisch ausgereifte Ansätze. Das was die *Zapatistas* in autonomen Landgemeinden bereits versuchen zu organisieren, könnte ein praktischer emanzipatorischer Ansatz sein. Gleichzeitig beinhaltet das Konzept der Ernährungssouveränität aber auch Fallstricke über die man reden muß wie z.B. den regionalen Chauvinismus. Die *zapatistischen* Ansätze werden in der Linken sehr viel rezipiert, leider aber meist nur im kulturellen Sinn und nicht was die Produktion angeht. Die Produktion ist tatsächlich kleinräumig strukturiert und zusammenhängend mit dem Begriff der Autonomie.

Seifert: Die aktuelle Tortilla-Krise in Mexiko ist ein Beispiel das zeigt, wie Ernährungssouveränität durch die Globalisierung des Produktionsregimes unterwandert wird. Maismehl ist aufgrund der NAFTA Einbindung extrem teuer geworden. Ich mutmaße, daß es weltweit viele Autonomiebewegungen und viele unterdrückte indigene Bewegungen gibt, d.h. nicht nur in Lateinamerika. Kaum eine hat global betrachtet diese Bekanntheit und Breitenwirksamkeit in der Öffentlichkeit erreicht wie diese Bewegung, die auch aktive Solidarisierung auslöst. Das ist schon sehr außergewöhnlich. Was unterscheidet nun die zapatistische Bewegung von den vielen anderen Bewegungen, von denen wir keine Kenntnis haben? Wo besteht nun konkret im Effekt der Unterschied? Hat es was gebracht, daß wir alle hinschauen und sehen daß es so etwas gibt und uns vielleicht auch noch solidarisieren?

Kastner: Es ist natürlich schwierig alle Ursachen zu eruieren. Der Effekt ist jedenfalls, daß man sagen kann, daß es etwas gebracht hat. Hätte es diese internationale Öffentlichkeit nicht gegeben, dann würde es längst keinen *Zapatismus* mehr geben. Also man muß sich schon vergegenwärtigen, daß ein Drittel des mexikanischen Bundesheeres in *Chiapas* stationiert ist. Das gesamte Aufstandsgebiet ist militärisch umzingelt. Man kann davon ausgehen, daß innerhalb weniger Wochen oder Monate die gesamte Aufstandsbewegung vernichtet worden wäre. Das ist der konkrete Effekt für die Leute dort. Aber es gibt noch den anderen Effekt, daß der zapatistische Diskurs sehr viele andere Diskurse innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung ausgelöst hat, was wiederum ohne die große Solidarität nicht denkbar wäre.

Wiesinger: Ich finde das Konzept der Autonomie sehr virulent und wichtig, wenn man es in Österreich mit dem Konzept der eigenständigen Regionalentwicklung in Beziehung setzt.

Allfälliges

Oedl-Wieser regt für die nächste Sitzung eine kleine Einführung der ReferentInnen an, damit die SitzungsteilnehmerInnen einen besseren Eindruck über das Arbeitsgebiet der ReferentInnen bekommen können. **Wiesinger** bedankt sich bei allen, die trotz des schlechten Wetters gekommen sind. Der Vorsitzende **Wieser** schließt die Sitzung.

Die **nächste Sitzung** der **Arbeitsgemeinschaft ländliche Sozialforschung** findet am **Freitag, 14.3.2008 10.00 Uhr s.t.** an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen statt, 1030 Wien, Marxergasse 2/Mezzanin. Folgende Beiträge stehen auf dem Programm:

R.K. Schipfer (Österreichisches Institut für Familienforschung): Urlaub für die ganze Familie - Wie Gäste und Vermieter Urlaub am Bauernhof erleben

H. Burger-Scheidlin (CIPRA Commission Internationales pour la Protection des Alpes - Internationale Alpenschutzkommission): Landwirtschaft zwischen Beruf und Berufung - Image und Identität österreichischer Bergbauern

Mag. Rudolf Karl Schipfer studierte Europäische Ethnologie und Geschichte und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Österreichischen Instituts für Familienforschung an der Universität Wien.

Dr. Hemma Burger-Scheidlin studierte Sozialanthropologie an den Universitäten Wien und Kopenhagen, und arbeitete zuletzt an der Universität für Bodenkultur Wien in einem FWF-Projekt zu Wissen von Landwirten über Wetter und Klima.

Literaturhinweise

- Díaz-Polanco, Héctor (1997): *La Rebelión Zapatista y La Autonomía*, México D. F. (Siglo Veintiuno Editores).
- Ellersdorfer, Guenther und Birgit Zehetmayer (2005): II. Teil. Das Universum der Nachhaltigkeit, in: Gabriel, Leo und Latautonomy (Hg.) (2005): *Politik der Eigenständigkeit. Lateinamerikanische Vorschläge für eine neue Demokratie*, Wien (Mandelbaum Verlag), S. 186-227.
- Gabriel, Leo und Latautonomy (Hg.) (2005): *Politik der Eigenständigkeit. Lateinamerikanische Vorschläge für eine neue Demokratie*, Mandelbaum Verlag, Wien
- Gabriel, Leo (2005a): Die Einheit der Vielfalt. Hypothesen für eine neue Demokratie, in: ders. und Latautonomy (Hg.) 2005: *Politik der Eigenständigkeit. Lateinamerikanische Vorschläge für eine neue Demokratie*, Mandelbaum Verlag, Wien
- Gabriel, Leo (2005b): Vorwort, in: ders. und Latautonomy (Hg.) 2005: *Politik der Eigenständigkeit. Lateinamerikanische Vorschläge für eine neue Demokratie*, Mandelbaum Verlag, Wien
- Kaltmeier, Olaf, Jens Kastner und Elisabeth Tuidler (Hg.) (2004): *Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika*, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster
- Kastner, Jens (2004): Zapatismus und Transnationalisierung. Anmerkungen zur Relevanz zapatistischer Politik für die Bewegungsforschung, in: Kaltmeier, Olaf, Jens Kastner und Elisabeth Tuidler (Hg.) (2004): *Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika*, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster S. 251-275.
- Kerkeling, Luz (2006): *La Lucha Sigue! Der Kampf geht weiter. EZLN – Ursachen und Entwicklungen des zapatistischen Aufstands*, Münster (Unrast Verlag), 2. erweiterte & überarbeitete Auflage
- López y Rivas, Gilberto (2004): *Autonomías. Democracia o Contrainsurgencia*, México D. F. (Biblioteca Era).
- Vogel, Wolf-Dieter 2003: „Kollektivrechte müssen her“. Hector Díaz-Polanco und Consuelo Sánchez arbeiten im Anthropologischen Institut CIESAS (Centro de Investigaciones y Estudios Superiores en Antropología Social) und geben die in Mexiko-Stadt erscheinende linke Zeitschrift *Memoria* heraus, Interview in *Jungle World*, Berlin, 24. Dezember 2003, <http://www.jungle-world.com/seiten/2003/52/2283.php> (01.04.2006)